

# Metallarbeiter-Zeitung.

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Koberstraße Nr. 16 b.  
Telephonruf Nr. 3392.

**Inserate**  
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

### Ein Musterbetrieb.

Von den Teilnehmern an der in letzter Zeit viel genannten Moselykommission, die aus lauter englischen Gewerkschaftsbeamten bestand, haben verschiedene in ihren Berichten die Äußerung getan, daß die Unternehmer aus der Entwicklung der amerikanischen Industrie viel mehr lernen könnten als die Arbeiter. Natürlich waren die Betriebe, die die Delegierten besucht haben, die hervorragendsten in den betreffenden Branchen; es gibt dort sicherlich daneben auch viele, die minder gut eingerichtet sind. Indessen dürfte deren Anzahl verhältnismäßig lange nicht so groß sein, wie in Europa, da die schärfere Konkurrenz in Amerika dieser Sorte von Betrieben die Existenz sehr erschwert. Die Delegierten wußten daher nur in Ausnahmefällen von nicht gut eingerichteten Betrieben zu berichten, wohl aber von sehr vielen, deren Einrichtungen zum Wohle der dort beschäftigten Arbeiter sich die englischen Unternehmer — und fügen wir hinzu: sowie deren Klaffengenossen auf dem europäischen Festland — zum Muster nehmen können. Für den am besten eingerichteten Betrieb erklären sämtliche Delegierten, die denselben besucht haben, die National Cash Register Works in Dayton, Ohio, eine Fabrik, die vornehmlich Registrierkassen baut und deren Erzeugnisse wir auch bei uns in vielen Geschäften in Gebrauch sehen. Schon das Januarheft des Monthly-Journal der Amalgamated Society of Engineers enthielt eine der Birmingham Gazette entnommene Beschreibung dieses Betriebs, die sich wie ein Kapitel aus einer von irgend einem besonders phantastischen Sozialisten erdachten Zukunftsbildungslieferung liest und daher demjenigen, der die amerikanischen Verhältnisse noch nicht aus eigener Anschauung kennen zu lernen Gelegenheit hatte, einfach ungläublich erscheinen muß. Nachdem nun aber auch die Berichte von den Delegierten der Moselykommission in Druck erschienen sind und die darin enthaltenen Angaben über den Betrieb daselbst besagen, können wir annehmen, daß die Schilderung in der Birmingham Gazette stimmt. Es geht daraus hervor, was schon jetzt, unter der Herrschaft des in Amerika besonders rückwärtslosen Kapitalismus in einem Betrieb, der die schärfste Konkurrenz auszuhalten hat, getan werden kann, um den Arbeitern ihre Arbeit möglichst angenehm zu machen.

Beginnen wir mit dem von D. M. Sutherland verfaßten Artikel in dem Verbandsorgan der Amalgamated Society of Engineers. Derselbe hat den Untertitel: „Mensch-freundlichkeit, die sich lohnt.“ Zu Anfang ist ein Anschlag abgedruckt, wodurch die Arbeiter der Fabrik auf den Besuch der Mosely Commissioners aufmerksam gemacht wurden.

„Die Flaggen sind gehißt zu Ehren einer großen Gesellschaft von tüchtigen englischen Handwerkern, die dieses Land bereisen, um amerikanische Fabrikationsmethoden kennen zu lernen und heute unsere Fabrik besuchen werden. Dies ist die wichtigste Abordnung von Besuchern, die wir je empfangen haben und es sollte unser ernstes Bestreben sein, ihnen jede Gelegenheit zu geben, anzusehen, was sie interessiert.“

Der Verfasser des Berichts, D. M. Sutherland, fährt in seinem Bericht nun weiter fort:

„Empfangen von einem solchen Willkommensgruß, der uns in großen Buchstaben an jeder Säule und jedem Pfosten entgegenleuchtete, hielten wir unseren Einzug in die weltberühmte Fabrik der National Registrierkassen-Gesellschaft in Dayton, Ohio. Die Stadt scheint aus diesem Anlaß einen hohen Feiertag veranstaltet zu haben. Flaggen und bunte Wimpel prangten allenthalben in dem strahlenden Sonnenschein und in den weiten, tadellosen Straßen der sauber gehaltenen Stadt drängten sich hier und da einige neugierige Gruppen, die sich eingefunden hatten, um die besuchenden Engländer zu sehen. Unser Gastfreund, Mr. John H. Patterson, der leitende Geist der Firma, hatte augenscheinlich unseren Besuch gut bekannt gemacht und nicht nur seine Angestellten, sondern auch die Bevölkerung im allgemeinen überboten sich in ihrem Eifer, uns alles zu zeigen und nichts unerwähnt zu lassen, was wir möglicherweise zu sehen wünschen konnten.“

Wir hatten in Cleveland und Niagara verschiedene Bestrebungen zum Zwecke industrieller Verbesserungen würdigen gelernt; hier in Dayton ist jedoch nach allgemeinem Urteil die Sorgfalt für die Bequemlichkeit und das Wohl der Arbeiterschaft in dem höchsten Grade zu finden, den diese Bewegung je erreicht hat. Uns war geradezu gesagt worden, daß Mr. Patterson in seinem ungeheuren Eifer und Enthusiasmus über das Ziel hinausgeschossen habe, aber wir konnten dafür keinen Beweis finden. Was wir sahen, waren geräumige, offene Werkstätten, gesunde, glückliche, wohlgenährte und gekleidete Leute, die dort in angenehmer Umgebung eifrig ihren Obliegenheiten nachkamen. Mr. Patterson hat den anderen Unternehmern sicherlich ein hohes Beispiel

zur Nachahmung gegeben und versuchsweise geschieht dies auch schon durch eine Anzahl von Unternehmern — vielleicht noch ein wenig zaghaft.

### Ein schöner Anblick.

Unser erster Eindruck beim Betreten des Grundstücks, auf dem sich die Werke befinden, war der, daß wir irrümlicherweise in einen öffentlichen Park oder einen botanischen Garten geraten seien und daß die Werkstätten große, mit seltenen exotischen Pflanzen gefüllte Gewächshäuser seien. Sorgfältig in Ordnung gehaltene Rasen, die mit Blumen geschnitten und von Asphaltfußwegen eingefäumt waren, verletzten uns in den Glauben, daß wir uns in den Kew Gardens\* zur Frühherbstzeit befänden. Im Vordergrund breitete eine alte Ulme ihre schönen Äste aus, hohes Gebüsch verdeckte beinahe den Blick auf die Gebäude. Mir entfuhr ein Ausruf der Bewunderung über diese prächtige Landschaft. „Ja“, sagte Mr. Patterson, „ich habe diese Anlagen von dem Urheber der Anlagen in der Ausstellung zu Buffalo entwerfen lassen.“ Es war klar, daß keine Ausgabe gescheut worden war, um den Arbeitern die allerangenehmste Umgebung, soweit sie durch Geld zu erzielen war, zu verschaffen.

Wichtiger aber als gut gehaltenen Rasen, Gebüsch und Blumen sind die Gebäude, die Werkstätten, in welchen der Arbeitstag verbracht wird. Die Erwartungen, die durch die schönen Anlagen in uns erweckt worden waren, wurden keineswegs enttäuscht, als wir die Werkstätten in Augenschein nahmen. Welch ein unaussprechlicher Gegensatz zu der gewöhnlichen schmutzigen und kahlen, in enge Straßen eingezwängten Fabrik, deren Dach mit Kufstöcken bedeckt ist; rundumher die Ausdünstungen der Unsauberkeit und Armut! Hier gab es große, anmutige, von einem im Fabrikbau erfahrenen Architekten entworfene Gebäude; ein Hauch von Wärme und Komfort strömte von den hellgelben Ziegeln aus, in welchen sie teilweise aufgeführt waren. Die Gebäude waren nicht in buntem Durcheinander zusammengedrängt, sondern standen einzeln, getrennt durch weite Rasenstreifen, die als Kriechplätze benutzt sind. Die Wände bestanden fast nur aus Fenstern; diese waren getrennt durch schmale Pfeiler aus Ziegeln, worin die eisernen Träger verborgen waren. Weinreben rankten an den Wänden empor, helleuchtende Blumen lagen in überreicher Fülle auf den Fensterbänken und an den Eingängen breiteten Palmen ihre graziosen Zweige über den Türbogen aus.

### Eine Musterfabrik.

Darinnen herrschte dieselbe Ordnung, Heiligkeit und Sauberkeit. Dort war Überfluß an Sonnenlicht und frischer Luft, man sah weder Spinnweben noch staubbedecktes Holzwerk. Der Fußboden glänzte, als wäre er in einem Ballsaal des Westens anstatt in einer in vollem Betrieb befindlichen Fabrik. Eine Anzahl weißberockter Leute tanzten weiter nichts, als jeden Teil des Gebäudes so sauber zu halten, wie das Bureau des Präsidenten“, wie die stolze Redensart in der Werkstätte lautet. Die Atmosphäre wird durch ein ausgedehntes System von Ventilatoren alle 15 Minuten erneuert, und in den Räumen, wo eine etwas größere Anhäufung von Menschen stattfindet, alle 10 Minuten. Außerdem wird noch in den Räumen, wo die Arbeiter besonders leicht Erkrankungen ausgesetzt sind, wie im Polierraum, der Staub von der rotierenden Schmirgelscheibe durch Abjagen in ein allgemeines Extraktrohr gerrieben und so aus der Fabrik befördert. Nicht das geringste Staubeilchen findet den Weg in die Lunge des Polierers. Ebenso ist die Selbstgießerei mit jeder denkbaren Vorrichtung zur Erzielung von Sauberkeit, Licht und reiner Luft versehen. Ein System von Aufschächten und Windhauben befreit die Gießerei vom Rauch, so daß die Atmosphäre immer rein und unschädlich ist. Auffallend ist ferner das vollständige Fehlen des Geräusches, ausgenommen in den Maschinenräumen. Es gibt dort auch kein Getrampel auf den Holztreppen. Letztere sind zwar vorhanden, aber sie scheinen mehr zur Zierde als zum Gebrauch angebracht zu sein. Schnelle, geräuschlose Aufzüge laufen von Stockwerk zu Stockwerk. Telefonleitungen verbinden alle Teile des ganzen, 13 Acres großen Betriebes miteinander. Außerdem besorgen noch an Schnelligkeit und Geräuschlosigkeit gewöhnliche Laufbühnen Botengänge und notwendiges Material zwischen den einzelnen Abteilungen. Die Fußböden in den Bureaus und den Sälen sind mit Kork bedeckt. Auf einem solchen Fußboden bleibt der Fußtritt vollständig geräuschlos. Nichtsdestoweniger würde das leise Rascheln einer Maus bald gehört werden. Niemand ist hier zu finden, der Zeit mit Besorgen von Öl und Werkzeugen vergeudet. Alles wird den Arbeitern durch ein beständiges in Bewegung befindliches System von kleinen Wagen zugebracht.

\* Kew, Ortschaft in der Nähe von London mit großartigem botanischen Garten.

### Vorschläge zu Verbesserungen.

Viele von diesen einzigartigen Vorzügen dieser Fabrik sind nicht das Ergebnis langjähriger Erfahrung oder sorgfältiger Grübeleien. Einige der wertvollsten Produktionsmethoden Mr. Pattersons sind das Resultat zufälliger Anregungen, ebenso wie das „Anregungssystem“ (suggestion system) selbst. Die englischen Arbeiter wissen aus bitterer Erfahrung, was ihrer wartet, wenn sie sich erlauben, einen Vorschlag zu Verbesserungen irgend einer Art zu machen. Mr. Patterson ging eines Tages durch die Selbstgießerei, wo er einen Mann sah, der früher Schullehrer gewesen war und nun Fuß putzte. „Warum tun Sie das?“ fragte Mr. Patterson. „Weil ich nichts Besseres zu tun bekommen kann“, war die im Tone größter Hoffnungslosigkeit gegebene Antwort. „Well, können Sie nichts Besseres vorschlagen? Tun Sie das und Sie werden vorwärts kommen“, fuhr Mr. Patterson fort. „Und wenn ich das täte?“ erwiderte der Schuhmeister, „Sie würden doch nicht darauf hören.“ Mr. Patterson ging nach Hause und dachte über diese Bemerkung nach. Er dachte drei Monate lang über sie nach. Er wußte, daß sie viel Wahres enthielt und daß die Verbesserungsvorschläge von Arbeitern oft verloren gingen oder Leuten zugute kamen, die es nicht verdienten. Er dachte sein „Anregungssystem“ aus, das seit seiner Einführung für sein Unternehmen von unberechenbarem Vorteil gewesen ist. Er ließ kleine Kästen in den verschiedenen Abteilungen des Betriebs aufstellen und forderte jeden auf, dem Fehler an den Werkzeugen, den Maschinen oder den Arbeitsmethoden in seiner Abteilung aufgefallen seien, seine Beschwerde kundzugeben und, wenn möglich einen Verbesserungsvorschlag zu machen. Auszeichnungen und freigebig gesetzte Preise wurden als Belohnungen in Aussicht gestellt. Nun wurden jeden Monat annähernd hundert Vorschläge eingereicht. Jede Betriebsabteilung, jedes Werkzeug, jede Maschine, jeder Teil der Einrichtung, jeder Industriezweig wurde einer beständigen und unbarmherzigen Untersuchung unterworfen, um nach Verbesserungen zu suchen. Jedes Gehirn in der Fabrik war angestrengt, um Mittel und Wege zu Verbesserungen ausfindig zu machen. Ein Arbeiter erfand eine Arbeit ersparende Vorrichtung, die seine eigene Arbeit überflüssig machte. Er wurde an seiner Maschine nicht mehr gebraucht, weil sie infolge seiner Erfindung die Arbeit, die er früher getan hatte, nunmehr selber verrichtete. Er wurde aber nicht entlassen, sondern zum Aufseher in einer Abteilung ernannt.“

Der Verfasser ist dem Anschein nach kein Fachmann und hat sich deswegen wohl lediglich auf das Beschränkt, was ihm am meisten aufgefallen ist. Sein Bericht ist darum recht lüdenhaft und gewährt hauptsächlich nur mangelhaften Einblick in die Arbeitsweise. Mr. Barnes, der Delegierte der Maschinenbauer, der sicher am besten über diesen Betrieb hätte berichten können, hat ihn anscheinend nicht besucht. Indessen enthalten die Berichte der übrigen Delegierten noch mancherlei interessantes. So schreibt Mr. Flynn (Schneider): „Die National Cash Register Company, Dayton, Ohio ist vielleicht der beste existierende Beweis von intelligenter Behandlung der Arbeiterschaft, verbunden mit unendlicher Leistungsfähigkeit. Sie kann, gelinde gesagt, als des Arbeiters Arkadien bezeichnet werden. Große, geräumige, vollkommen erleuchtete und ventilizierte Werkstätten, die im Winter geheizt, im Sommer gekühlt werden, die Atmosphäre beständig frei von sonst unvermeidbarem Staub und von Maschinengeräusch. Aufzüge nach jedem Stockwerk, ausgezeichnete Löhne — kurz, jede Einzelheit der Fabrik trägt das Gepräge, das Leben der Arbeiter zu vollkommener Schönheit und einer beständigen Freude zu gestalten, soweit dies durch Geld und Scharfsinn erreicht werden kann.“

Mr. Coffey (Buchbinder) schreibt: „Hier war unsere Aufmerksamkeit hauptsächlich in Anspruch genommen durch den im großen unternehmen Versuch, den Ansprüchen und dringenden Wünschen (aspirations) der Arbeiter in anständiger Weise zu entsprechen. Die Geschäftsleitung erschien vollständig durchdrungen von dem Wunsche, die freundlichsten Beziehungen zu der ganzen Arbeiterschaft aufrecht zu erhalten. Indem sie alles zur Schau-tragen von Menschenfreundlichkeit vermied und sich bestrebte, in jeder Weise die Sache vom geschäftlichen Standpunkt aus zu behandeln, ist es ihr gelungen, diese Fabrik zu der am meisten fortgeschrittenen in dieser Branche innerhalb der ganzen Vereinigten Staaten zu machen. Die Werkstätten sind Muster von Ordnung und Sauberkeit und die Einrichtungen für die Erholung außerhalb der Arbeitszeit sind auf die sorgfältigste Weise durchgeführt. Hier sind genügende Speiseräume für die in der Zahl von einigen Hunderten vorhandenen Arbeiterinnen, die in der Druckerei und der Buchbinderei beschäftigt sind. Es war für uns eine Offenbarung.“

was durch eine wohlüberlegte Organisation und den guten Willen aller, die dabei in Betracht kommen, erreicht werden kann. Als ich in dem geräumigen, vollkommen erleuchteten und ventilierten Saale stand, konnte ich diesen Anblick Hunderten von glücklichen, wohlgenährten und -gekleideten Mädchen mit dem Eindruck vergleichen, den die schlampigen, schlendrianmäßigen Arbeitsbedingungen (slip-slop, go-as-you-please conditions) verursachen, unter denen unsere Arbeitsmädchen gewöhnlich arbeiten. Selbst, wenn dies nur der einzige Vorteil des hier durchgeführten Systems wäre, würde es schon alles Lob verdienen. Da ist aber noch viel mehr. . . . Der ganze Betrieb ist ein schönes Beispiel von Zusammenwirken der Firma mit ihrer Arbeiterschaft zum Zwecke der Erzielung guter Geschäftsergebnisse. Wir haben die Versicherung von dem leitenden Direktor, Mr. Patterson, daß es sich vom geschäftlichen Standpunkt aus lohnt."

Eine großartige Badeeinrichtung, die jedem Arbeiter im Sommer zweimal, im Winter einmal wöchentlich „frei“, das heißt während der Arbeitszeit zur Verfügung steht, möge hier der Vollständigkeit halber kurz mit erwähnt werden.

Wenn Überstunden gemacht werden müssen, was nur im äußersten Notfall geschieht, erhalten die Arbeiter freies Abendessen; die zum Verzehren verwendete Zeit wird ihnen nicht angerechnet.

Ein Gärtner ist angestellt, um die Knaben der Stadt in der Gärtnerei zu unterrichten — auf Kosten der Firma, „doch es lohnt sich“.

Urlaub ohne Lohnabzug gibt es natürlich auch; leider teilt keiner der Delegierten mit, wie viel.

In betreff der Arbeitslöhne sind in sämtlichen Berichten die Angaben leider sehr dürftig; es heißt an einigen Stellen nur, daß die Arbeiter selbst für amerikanische Verhältnisse sehr gut verdienen. Etwas mehr erfahren wir über die Löhne der Arbeiterinnen, worüber Mr. Steadman, der Delegierte des Parlamentarischen Ausschusses der Trade Unions schreibt, daß sie im Minimum 5 und im Maximum 15 Dollars pro Woche betragen.

Ein Arbeiterauschuss ist natürlich auch vorhanden. Nichtsdestoweniger bleibt es den Arbeitern unbenommen, sich mit Beschwerden direkt an den leitenden Direktor selbst zu wenden.

Die in dem oben wiedergegebenen Artikel enthaltenen Ausführungen, betreffend besondere Belohnungen für Arbeiter, die sich auszeichnen, finden ihre Bestätigung in den Ausführungen des Mr. Holmschaw (Vertreter der Sheffielder Messerschmiede), der die von Mr. Mosely gestellte Frage: „Finden unter diesem System (es ist vom Zeitlohn die Rede) persönliche Energie und Initiative den gebührenden Lohn?“ folgendermaßen beantwortet: „Es scheint kein bestimmtes System zu herrschen, wonach persönliche Energie und Initiative durch erhöhte Bezahlung belohnt werden. Wohl aber werden Arbeiter, die sich als ausnahmungsweise geschickt hervortun, oft zu höheren Stellungen befördert, so in dem Registrierkassenwerk zu Dayton, wo sämtliche Werksführer in Anbetracht ihrer hervorragenden Tätigkeit oder Intelligenz aus der Arbeiterschaft erwählt worden sind.“

Als Belohnungen für Anregungen zu Verbesserungen im Betrieb werden jährlich etwa 1200 Dollars ausgegeben. Die Summe erscheint gering; es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Arbeitsweise in diesem Betrieb bereits auf einer solchen Höhe steht, daß es nur verhältnismäßig selten gelingt, eine Neuerung zu erfinden, die sich bewährt.

Dabei wird von der Betriebsleitung offen zugegeben, daß sämtliche Einrichtungen zum Wohle der Arbeiterschaft weiter nichts bezwecken als bessere Geschäftsergebnisse zu erzielen. Der bereits genannte Mr. Flynn schreibt: „Es ist ferner keine besondere Menschenfreundlichkeit damit angemast. Alles geschieht lediglich aus geschäftlichen Rücksichten; die Firma glaubt, daß der sicherste und wahrste Weg zu den Dollars derjenige durch die Leistungen einer gesunden, glücklichen, zufriedengestellten Arbeiterschaft ist.“ Dies ist nicht wohlklingend ab gegen die Renommisterei vieler Unternehmer, die da glauben, mit irgend einer geringfügigen Wohlstandseinrichtung von zweifelhaftem Werte schon etwas wunder wie Großartiges zum Wohle der Arbeiterschaft geschaffen und die letztere zu großem Dank verpflichtet zu haben und berechtigt zu sein, ihr vorrechnen zu dürfen, wieviel Geld sie zu diesem Zwecke aus „reiner Menschenfreundlichkeit“ verworfen haben, wenn es gilt, irgend eine Lohnbewegung oder dergleichen zu hintertreiben.

Wenn es sich aber lohnen soll, für die Arbeiterschaft joviell Gutes zu schaffen zu haben, so muß alles aufgeboten werden, um die Arbeit möglichst produktiv zu gestalten, denn es ist unumgänglich, daß unter solchen Verhältnissen die Arbeiter ein besonders großes Quantum Mehrwert leisten müssen. Die Mehrwertstätte muß selbst im Verhältnis zu der höheren Lohnrate größer sein, als sie sonst unter gewöhnlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Wodurch wird dies erreicht? Sämtliche Delegierte, die den Betrieb besucht haben, sind einig darüber, daß vor allem die Werkzeugmaschinen ganz besonders leistungsfähig sind. Mr. Walls (Hochofenarbeiter) schreibt darüber: „Es ist da eine besondere Maschine für jeden Teil des Registrierwerkes, wie klein er auch sei. Viele dieser Maschinen, die ihre Arbeit mit mehr als menschlichem Schatzmann verrichten und nur verlangen, durch ein Rohr mit der Meißel- oder Stahlfräse gespeist zu werden, woraus das betreffende Stück gemacht wird, sind offenbar das Produkt eines wunderbaren Erfindungsgeistes.“ Mr. Flynn berichtet: „Ein Mann bedient acht Maschinen, ein anderer fünf, alle funktionieren automatisch, verlangen nur mit Material gespeist zu werden und wickeln sich selber, wenn dies notwendig war, was dadurch geschieht, daß sie einfach stehen bleiben.“ Und Mr. Bowerman (Schweißler) zitiert den Grundsatz der Firma: „Die verbesserte Mechanik macht die Arbeiter teurer, ihre Produkte billiger.“

Es wäre aber ein großer Fehler, anzunehmen, daß die Arbeiter in diesem Betrieb besonders stark schützen. Mr. Flynn bemerkt darüber: „Es wird dort nicht hart gearbeitet. Ein

Erarbeiter verrichtet mehr schwere Arbeit an einem Tage als diese Arbeiter in ihrem ganzen Leben.“ Man braucht diese Behauptung zwar nicht ganz wörtlich zu nehmen, indessen wird nach den übereinstimmenden Äußerungen sämtlicher Delegierten — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — in Amerika im allgemeinen weniger hart und häufig gearbeitet als in England. Es herrscht freilich eine bis ins äußerste getriebene Arbeitsteilung.

Es liegt nun nahe, anzunehmen, daß die Firma besonders bestrebt sei, junge Arbeitskräfte auszubilden. Dies geschieht jedoch keineswegs. Es wird niemand eingestellt, der noch nicht das 18. Jahr erreicht hat. Ferner muß jeder, der in diesem Alter eintritt, bereits einen Kursus an der Technischen Schule absolviert haben. Die eigentliche Lehrzeit dauert dann vom 18. bis zum 22. Jahre. Auch die Arbeiterinnen verfügen sowohl über gute Schulkenntnisse als auch über technische Bildung; viele von ihnen sind graduiertes (Inhaberinnen von Würden, die die höheren Schulen verlassen können) und unterhalten eine von ihnen selbst herausgegebene Zeitschrift. Hervorzuheben, wenn auch nicht zu empfehlen, ist der Grundsatz der Firma, daß verheiratete Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden.

Wenn die Arbeiterschaft in diesem Betrieb sich auf einer so hohen Bildungsstufe befindet, so erklärt es sich, daß es sie interessieren mußte, daß ihre Arbeitsstätte von den Teilnehmern an der Moselykommission besucht wurde. Sie wurde darum ja auch durch die Bekanntmachung, die am Anfang des in der Birmingham Gazette erschienenen Artikels wiedergegeben ist, auf diesen Besuch aufmerksam gemacht. Es ist ferner auch erklärlich, daß die Betriebsleitung in berechtigtem Stolze den Werksführern die Anweisung erteilte, beiseite zu treten, wenn die Besucher mit den Arbeitern selbst zu sprechen wünschten. Sie brauchten sich eben der Wahrheit nicht zu schämen.

Die Fabrik wurde etabliert in einem Kohlenschuppen; jetzt ist sie soweit gewachsen, daß sie über 3000 Arbeiter beschäftigt, darunter 30 Schriftsteller, unionmen, wie Mr. Bowerman nicht zu erwähnen unterläßt. Die Leistungsfähigkeit der Fabrik beträgt 200 Maschinen pro Tag.

Leider sind so gut eingerichtete Betriebe immer noch so seltene Ausnahmen, daß man sie rühmend hervorheben muß, und leider sind noch so sehr viele Unternehmer so weit von der Erkenntnis entfernt, daß etwas weniger Engherzigkeit den Arbeitern gegenüber nicht zum mindesten ihnen selbst wieder zugute kommen würde. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern auch in England, und die Mitglieder der Moselykommission haben sich, wie wir gesehen haben, auch beileidigt, die Vorzüge einer weitherzigeren Betriebsweise zu würdigen. Darum hatte Mr. Steadman auch jedenfalls das Richtige getroffen und war wohl der Zustimmung seiner Reisefameraden gewiß, als er konstatierte, daß dies „der interessanteste Besuch war, den sie machten“.

August Quist.

### Der britische Gewerkschaftskongress.

Dem Vorwärts entnehmen wir folgenden Bericht: Der 36. Jahreskongress der britischen Gewerkschaften tagte diese Woche in Leicester. Er war von 460 Delegierten besucht, die rund 150000 organisierte Arbeiter vertraten. Von den größeren Gewerkschaften fehlten nur zwei: die der Mechaniker und Eisengießer, die zusammen etwa 100000 Mitglieder zählen. Der Kongress wurde vom Oberbürgermeister von Leicester begrüßt, ebenso von Mr. Henry Broadhurst, dem liberalen Arbeiterabgeordneten für Leicester. Auf der Tribüne saßen auch die Grafen v. Warwick und Lady Dilke, die Frau von Sir Charles Dilke. Die Geschichtsschreiber des britischen Trades-Unionismus, Mr. und Mrs. Sidney Webb, waren nicht eingeladen.

Nachdem die Begrüßungsreden zu Ende waren, wurde der Jahresbericht ausgelesen, dem wir folgendes entnehmen: „Als unser Kongress vor 26 Jahren in Leicester tagte, waren nur 141 Delegierte anwesend, die 112 Verbände mit 691000 Mitgliedern vertraten. Jetzt sind wir 460 Delegierte und vertreten 250 Gewerkschaftsverbände mit anderthalb Millionen Mitgliedern, so daß wir einen sehr bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen haben. Im Laufe der letzten zwölf Monate sind viele neue Entwicklungen im parlamentarischen Leben vorgekommen; Fragen von großer Bedeutung wurden im Unterhause besprochen und teils erledigt, wie zum Beispiel Erziehung, Steuernwesen, das Verhältnis Englands zu den Kolonien, und vielleicht die wichtigste aller Fragen: die vorgeschlagene Änderung unserer Zollpolitik. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte ist jedoch keine Frage so wichtig wie die der Bewirkung des Gewerkschaftsrechts durch den Laff-Bale-Entscheid und durch die vergeblichen richterlichen Auslegungen des Gesetzes, betreffend Picketing (Streikpostenstellen) und Verschönerung. Vergeblich hat sich das Parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses bemüht, die Schulvorlage zu beseitigen. Dagegen waren wir erfolgreich in unseren Bemühungen, den Kornzoll abzuschaffen; ebenso taten wir unser Bestes, den Streitenden in Lord Penrhyns Schiefergraben beizustehen. Ferner gelang es uns, die Schutzgesetzgebung auf die Hafenarbeiter auszudehnen. Aber die wichtigste aller Fragen ist: wie können wir den Laff-Bale-Entscheid vernichten, der unsere Klassen und überhaupt die ganze gewerkschaftliche Stellung gefährdet. Dieser Gegenstand hat bereits drei Kongresse aufs ernste beschäftigt und die Bewegungsfreiheit der Trades-Unions bedeutend gehemmt. Dem Mandate gemäß, das wir von euch erhalten haben, stellten wir an das Parlament das Verlangen, das alte Gewerkschaftsrecht wieder herzustellen, das friedliche Picketing zu legalisieren und den Begriff der Verschönerung klar festzustellen. Wir entwarfen eine Gewerkschaftsnovelle, die vom Arbeiterabgeordneten Mr. Shackleton dem Parlamente vorgelegt wurde. Die Vorlage wurde jedoch abgelehnt; dafür ernannte die Regierung eine Kommission, um alle Seiten der gewerkschaftlichen Bewegung zu untersuchen. Wir protestieren gegen die Ernennung der Kommission, da sie erstens geeignet ist, die ganze Angelegenheit zu verschleppen.

sofort ist die Mehrheit der Kommission gewerkschaftsfeindlich, und schließlich ist wohl das Kapital in ihr vertreten, aber nicht die Arbeiterschaft. Wie eruchten deshalb die Gewerkschaften, keine Aussagen vor der Kommission zu machen, bis der Kongress zu dieser Frage Stellung genommen hat.“

Über die politische Haltung des Komitees für Arbeitervertretung sagt der Bericht nichts. Eine Erklärung darüber abzugeben, wurde dem Präsidenten des Kongresses Mr. Hornidge (Sekretär der Stiefel- und Schuharbeiter von Leicester) sowie den Delegierten überlassen. Wie wir in unserer Mitteilung vom 5. dieses Monats auseinanderlegten, handelt es sich in dieser Frage um den politischen Klassenkampf der Arbeiter, das heißt um ihre vollständige Loslösung von den bürgerlichen Parteien, wie dies auf dem Kongress des Komitees in Newcastle (20. Februar 1903) niedergelegt wurde. Über diesen Punkt besteht aber noch viel Uneinigkeit. Die älteren Arbeiterführer wollen ein Zusammengehen mit den Liberalen, während die jüngeren, die mit den Sozialisten in Berührung sind, vollständige Unabhängigkeit verlangen. Dem Trades-Unions-Kongress lagen verschiedene Resolutionen über diesen Punkt vor. Der Präsident Hornidge sagte in dieser Beziehung:

„Das Komitee für Arbeitervertretung wurde vom Trades-Unions-Kongress (im Jahre 1899) geschaffen. Die Resolutionen, die uns darüber vorliegen, bedürfen der schärfsten Aufmerksamkeit. Ich bin der Ansicht, daß das Komitee nur aus Arbeitern und Arbeiterorganisationen bestehen soll. Unsere Arbeiterpartei soll nicht von Leuten der Mittelklasse beherrscht werden (das heißt: Sozialisten, die nicht aus der Arbeiterschaft hervorgingen, sollen vom Komitee ferngehalten werden). Dann bin ich gegen strenge Unabhängigkeit von den übrigen politischen Parteien. Ich kann wohl begreifen, was Unabhängigkeit und Zusammengehen mit anderen Parteien bedeutet, aber Unabhängigkeit und Isolierung kann ich nicht begreifen. Wir müssen weitherzig sein. Ich bin gegen Klassenkampf; wahres Menschentum kennt keine Klassen; alle Menschen sind Brüder.“

Diese Ansicht von Mr. Hornidge werden ohne Zweifel von den älteren Arbeiterführern geteilt. Sie sind Nachklänge der liberalen Periode Gladstones. Zum Schluß sprach sich der Präsident gegen Mr. Chamberlains Pläne aus und für den Freihandel, „der die Gedanken und Gefühle der Menschheit erweitert und vertieft“. Er meinte, die Kolonien hätten keine besondere Liebe zum Mutterland; Canada sollte sich an die Vereinigten Staaten enger anschließen. Auf die Versprechungen Chamberlains sei nichts zu geben.

Die Delegierten traten sodann in die Diskussion der verschiedenen Resolutionen ein. Zuerst kam die Zollpolitik. Der Kongress war darüber einig, daß der Freihandel aufrecht zu erhalten sei. In der Diskussion dieser Frage wurde auch der deutschen Arbeiter gedacht, die sich am 16. Juni gegen den Zolltarif ausgesprochen haben. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress verurteilt aufs schärfste die vorgeschlagene Änderung der Zollpolitik, da sie die besten Interessen des Landes gefährdet. Wir verpflichten uns, keine Mühe zu scheuen, um die zollpolitische Änderung zu verhindern.“

Diese Resolution wurde auf Verlangen des Kongresses telegraphisch an Mr. Chamberlain abgeschickt. Hierauf kam es zur Besprechung der politischen Arbeitervertretung. Das Interesse der Delegierten an dieser Frage war merkwürdigerweise nicht so stark wie an der Zollpolitik. Genosse Pete Curran, der an den Kongressverhandlungen einen sehr lebhaften Anteil nahm, legte folgende Resolution vor:

„Der Kongress gibt seine herzlichste Zustimmung zur Politik des Komitees für Arbeitervertretung, wie sie auf dem letzten Kongress in Newcastle niedergelegt wurde, und fordert die Gewerkschaften auf, dem Komitee beizutreten.“

Bis jetzt gehören dem Komitee 127 Gewerkschaften mit 847000 Mitgliedern an, ebenso die unabhängige Arbeiterpartei und die Fabier-Gesellschaft mit zusammen 14000 Mitgliedern. Die größte Arbeiterorganisation Großbritanniens, der Verband der Bergleute, steht noch dem Komitee fern. Genosse Curran wurde von den übrigen sozialistischen Gewerkschaftern tüchtig unterstützt. Sie sprachen mit vielem Takte über den Nutzen einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse. Dagegen legten die Delegierten der Maurer folgenden Zusatzantrag vor:

„Und der Kongress ist der Ansicht, daß nur Arbeiter dem Komitee angehören sollen.“

Der Zusatzantrag ist, wie man sieht, im Sinne der Präsidentenrede, das heißt gegen die Sozialisten gehalten. Für den Zusatzantrag sprach auch der Arbeiterabgeordnete und Sekretär der Eisenbahner, M. Bell. Zur Abstimmung gelangte zuerst der Zusatzantrag, der mit 209 gegen 53 Stimmen abgelehnt wurde. Sodann wurde über die Resolution des Genossen Curran abgestimmt. Die Resolution wurde mit 506000 gegen 285000 Stimmen angenommen. Wir haben also auf eine unabhängige Politik des Komitees zu rechnen. Die Gewerkschaften, die dem Komitee angehören, haben sich hiermit von den bürgerlichen Parteien losgelöst und den Beschluß von Newcastle gutgeheißen. Dieser Beschluß lautete:

„Der Kongress betrachtet es als absolut notwendig, daß das Komitee und die Führer der ihm angehörenden Gewerkschaften sich aller Verbindung mit den bürgerlichen Parteien strengstens enthalten, da wir den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Klasse nur dann gerecht werden können, wenn wir ohne Rücksicht auf die anderen Parteien unsere Politik aufbauen.“

Wie weit diese Resolution in Fleisch und Blut der Gewerkschaften übergegangen ist, wird die Praxis zeigen. Im allgemeinen darf man sagen, daß sich durch Beschlüsse eine revolutionäre Politik nicht herstellen läßt. Jeder großen Politik liegt eine gewisse Theorie zugrunde. Wird die Theorie nicht angenommen oder nicht begriffen, so kann selbst-

nd die Resolution, die nur der Theorie praktischen Aus-  
 führung will, nicht viel helfen.  
 Neben der Politik und der politischen Arbeiter-  
 bewegung nahm das Gewerkschaftsrecht die Aufmerksamkeit  
 Kongresses stark in Anspruch. Im allgemeinen wissen  
 bereits, daß die Lage der britischen Gewerkschaften  
 durch gefährdet ist, daß man sie seit dem Jahre 1901  
 lektiv verantwortlich machen kann für Ungeheuerlichkeiten,  
 während eines Streiks vorkommen. Früher waren nur  
 diejenigen Gewerkschaftler verantwortlich, die sich Ungeheuer-  
 licheiten zu Schulden kommen ließen. Jetzt kann der Unter-  
 nehmer die Klassen der Gewerkschaft angreifen. Dazu wurden  
 die Gesetze über Streikpostenstellen und Verschönerung schärfer  
 erfaßt, so daß es den Arbeitern kaum möglich ist, einen er-  
 folgreichen Streik zu führen. Die Gewerkschaften arbeiteten  
 eine Vorlage aus, die das alte Arbeiterrecht wieder herstellen  
 sollte. Aber die Vorlage wurde am 8. Mai 1903 vom  
 Parlament abgelehnt. Dem Kongress lag nun über diesen  
 Punkt folgende Resolution vor:

„Die kollektive Verantwortlichkeit der Gewerkschaften  
 in Schadenersatzprozessen ist eine Gefahr für die Gewerks-  
 schaften. Wir betrachten die neuen richterlichen Entscheide-  
 als nicht im Geiste der Trades-Unionsgesetze von 1871  
 bis 1876. Wir beauftragen das Parlamentarische Komitee  
 des Trades-Unions-Kongresses, eine Vorlage zu entwerfen,  
 die die kollektive Verantwortlichkeit beseitigt und die Ge-  
 werkschaftler auffordert, nur für diejenigen Parliaments-  
 kandidaten zu stimmen, die die Vorlage zu unterstützen  
 bereit sind.“

Der Kongress war einstimmig der Ansicht, daß die jetzige  
 Lage unerträglich sei, da die Gewerkschaften nicht mehr  
 wußten, was sie tun oder lassen dürften. Die Resolution  
 wurde mit 284 gegen 5 Stimmen angenommen.

In Verbindung mit dieser Debatte stellte Genosse Hodge,  
 der Sekretär der Stahlschmelzer, folgenden Antrag:

„Der Kongress protektiert gegen die Ernennung einer  
 Kommission zur Untersuchung der Gewerkschaftslage. Wir  
 betrachten die Zusammenziehung der Kommission als eine  
 Beleidigung der Arbeiterklasse. Eine Kommission, die das  
 Gewerkschaftsleben untersucht und dennoch keinen einzigen  
 Arbeiter zum Mitglied hat, ist ungerecht und kann des-  
 halb auf die Achtung der Arbeiter nicht rechnen. Der  
 Kongress fordert die Arbeitervertreter auf, keine Aussagen  
 vor der Kommission zu machen, so lange ihre Zusammen-  
 setzung nicht geändert wird.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Sodann  
 sprach auf Antrag der Holzarbeiter von Belfast (Irland)  
 der Kongress einstimmig seinen Abscheu aus gegen die Nieder-  
 megelung von 30000 Bulgaren durch die Türken in  
 Makedonien, und forderte die Regierung auf, Schritte zu  
 tun, um den Wirren auf dem Balkan ein Ende zu machen.  
 Die Resolution wurde dem Premierminister und dem Staats-  
 sekretär des Äußeren zugesandt. Der Antrag Ben Tilletts  
 auf Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten  
 nach australischem Muster wurde mit 899000 gegen  
 259000 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution  
 angenommen, die einen weiteren Ausbau des im Jahre 1896  
 eingeführten Gesetzes betreffend Versöhnungsämter für nötig  
 hält. Nach jenem Gesetz darf die Regierung nur dann in  
 gewerbliche Streitigkeiten eingreifen und ein Versöhnungsamt  
 einsetzen, wenn beide Parteien dies wünschen. Die jetzt an-  
 genommene Resolution will der Regierung das Recht geben,  
 eine gewerbliche Streitigkeit zu unterstützen und zu diesem  
 Zwecke Zeugen zu vernehmen und einen Bericht zu ver-  
 öffentlichen, sobald eine Partei das Eingreifen der Regierung  
 wünscht.

Ferner wurden Resolutionen angenommen betreffs Ge-  
 währung von Pensionen von mindestens 5 Mk. wöchentlich  
 an alle Bürger und Bürgerinnen des Königreichs, die das  
 60. Lebensjahr erreicht haben, über den Ausbau des Arbeits-  
 amtes und die Ernennung eines Arbeitsministers, über Ein-  
 führung einer demokratischen Schulreform und Errichtung  
 internationaler Schiedsgerichte.

Damit war die Hauptarbeit des Kongresses erledigt. Die  
 Verhandlungen und die Beschlüsse zeugten von einer tiefen  
 Gärung unter den fortgeschrittenen Elementen der britischen  
 Arbeiterbewegung. Die liberale Presse blickt mit Sorge auf  
 diese Vorgänge, denn England wird im nächsten Jahre ohne  
 Zweifel eine liberale Regierung erhalten, die an die Ein-  
 lösung ihrer Versprechungen von den Arbeitern erinnert  
 werden wird. Nur die Daily News sind etwas mutiger  
 und suchen Trost in den deutschen Parteiverhältnissen. Das  
 freisinnige Organ Londons sagt: „Wenn wir durch den Auf-  
 stieg der Arbeiterpartei in England etwas von dem, was  
 man als Liberalismus bezeichnet, verlieren sollten, so wird  
 uns dies nicht besonders betrüben, denn wir sehen, daß  
 vieles, was am Liberalismus wertvoll ist, in Deutschland  
 von der Arbeiterpartei hochgehalten wird: wir  
 stimmen zwar mit der ökonomischen Grundlage der deutschen  
 Arbeiterpartei nicht überein, aber ihr Geist ist es, der  
 die menschliche Freiheit lebendig erhält.“

**Gegen den Missbrauch geistiger Getränke!**

**Alkohol-Merkblatt** (bearbeitet vom kaiserlichen Gesundheitsamt).  
 Aus diesem im Verlag von Julius Springer in Berlin soeben  
 erschienenen Merkblatt geben wir folgendes über die Folgen des über-  
 mäßigen Alkoholgenußes:  
 Während die Wirkung der mäßig und nicht zu häufig genossenen  
 geistigen Getränke auf den gutgenährten und im Vollbesitz seiner  
 Kraft befindlichen menschlichen Körper anregend ist und ohne nach-  
 teilige Folgen vorübergehen kann, schädigt der fortgesetzte und un-  
 mäßige Genuß die meisten Körperorgane dauernd derart, daß selbst  
 die widerstandsfähigsten Naturen der Einwirkung des Alkohols all-  
 mählich unterliegen. Diese Folgen treten namentlich leicht bei ge-  
 wohnheitsmäßigem Genuß von starken geistigen Getränken (Brannt-  
 wein, Portwein, Sherry) ein. Auch ist nicht außer acht zu lassen,  
 daß der Körper sich an den Genuß des Alkohols gewöhnen kann  
 und dann immer größerer Mengen zur Erzielung der angenehmen ein-  
 wirkenden Wirkung benötigt. Damit häuft sich aber  
 auch die schädliche Wirkung. Schließlich tritt unter Abnahme der  
 körperlichen und geistigen Widerstandsfähigkeit der Zustand der

Trunksucht ein, in welchem der Trinker, vielfach trotz besserer Ein-  
 sicht, immer aufs neue zum Alkohol greift.  
 Eine Begleiterscheinung des gewohnheitsmäßigen Alkoholgenußes  
 pflegt die Herabsetzung des allgemeinen Stoffwechsels zu sein; sie  
 führt häufig zu gichtischen Erkrankungen und zur Fettsucht.  
 Überhaupt wird die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und  
 Ansteckungen bei den Gewohnheitstrinkern stark vermindert, so daß  
 der durch den Trunk geschwächte Organismus eher den an ihn heran-  
 tretenden geistigen und körperlichen Schädigungen unterliegt; Ge-  
 als mäßige und enthaltsame Personen.

Bei Gewohnheitstrinkern kommt es häufig zur Leberschwelung,  
 entweder durch Ablagerung von Fett in die Leberzellen (Fettleber),  
 oder durch eine noch gefährlichere Veränderung, welche bei fort-  
 gesetztem Alkoholgenuß schließlich zur Leberschrumpfung (Säufteleber)  
 unter den Erscheinungen der Bauchwassersucht zum Tode führt.  
 Ebenso ist es mit der Nierenschwulst, die bei Alkoholikern, gleich-  
 falls namentlich bei Branntweintrinkern, nicht selten auftritt.

Der durch starken und wiederholten Alkoholgenuß ausgeübte  
 örtliche Reiz führt durch Erweiterung und Lockerung der Schleim-  
 häute zu stärkeren Absonderungen (Katarren) und entzündlichen  
 Zuständen in der Mundhöhle, dem Rachen sowie dem Magen und  
 Darm und damit auch zu Ernährungsstörungen. Der Rachenkatarth  
 der Trinker pflanzt sich gewöhnlich auf die Schleimhaut der Luft-  
 wege fort und gibt zu chronischen Kehlkopf- und Bronchialkatarren  
 mit ihren Begleit- und Folgeerscheinungen — Heiserkeit, Husten, Kurz-  
 atmigkeit, Asthma — Anlaß. Allmählich kann auch das Lungengewebe  
 in Mitleidenhaftigkeit gezogen und in ihm ein geeigneter Boden zur  
 Aufnahme anderer krankheitsregender Keime, vorzüglich derjenigen  
 der Lungentuberkulose, geschaffen werden.

Schweren Schädigungen ist auch in nicht seltenen Fällen das  
 Herz und das Gefäßsystem der Trinker ausgesetzt, indem einestheils  
 manche Blutgefäße bald früher, bald später durch Verfestigung oder  
 Verhärtung ihrer Wandungen brüchig werden, andererseits das Herz  
 durch Umagerung mit einer Fettschicht oder durch fettige Entartung  
 seiner Muskelfasern in seiner Leistungsfähigkeit gehemmt und schließ-  
 lich zum Stillstand gebracht werden kann. Die bei unmäßigen Brannt-  
 weintrinkern häufig vorkommende Herzvergrößerung (Hypertrophie) beruht  
 neben der Wirkung des genossenen Alkohols hauptsächlich auf der-  
 jenigen der in den Blutkreislauf gelangenden Flüssigkeitsmengen,  
 welche eine Überarbeit des Herzens mit nachfolgender Verdickung des  
 Herzmuskels und Erweiterung der Herzkammern verursachen.

Auch eine Herabsetzung des Sehvermögens kann als Folge über-  
 mäßigen Alkoholgenußes entstehen.  
 Vor allem wird aber das Nervensystem durch den Alkohol be-  
 einflusst und gefährdet; in Zusammenhang damit steht das bei Ge-  
 wohnheitstrinkern bemerkbare Zittern der Hände und ihr unsicherer  
 schwanter Gang. Auch am Rückenmark können durch Alkohol-  
 mißbrauch krankhafte Veränderungen auftreten. Im Gehirn kann  
 die anhaltende Überfüllung der kleinen Blutgefäße zum Bersten der-  
 selben und zu Blutergüssen (Gehirnschlagfluss) Anlaß geben, oder sie  
 führt in den Hirnhäuten zu entzündlichen Vorgängen, welche ihrer-  
 seits durch den allmählich zunehmenden Druck auf das Gehirn ernst-  
 liche Störungen bewirken können; der bei vielen Alkoholikern schon  
 frühzeitig sich entwickelnde Verminderung der Geschicklichkeit (Er-  
 höhung der Unfallgefahr), Abstumpfung des Auffassungsvermögens  
 und der Willenskraft sowie der Schädigung des Gesamtcharakters  
 folgen nicht selten ausgesprochene geistige Entartungen der ver-  
 schiedensten Art, Delirien mit Wahneindrücken (Säuferwahn),  
 ja sogar Verblödung und unheilbare Geisteskrankheit. Ein großer  
 Teil der zur ärztlichen Beobachtung kommenden Geisteskrankheiten  
 wird auf den Alkoholmißbrauch zurückgeführt.

Vielstach machen sich bei übermäßigem Alkoholgenuß auch Stör-  
 ungen nach der fittlichen Seite hin bemerkbar; den Gewohnheits-  
 trinkern pflegen bald die Begriffe von Pflicht und Ehre zu schwinden,  
 so daß sie ihren Beruf und ihre Familie vernachlässigen, zu Streit,  
 Schlägereien, Vergewaltigung und geschlechtlichen Ausschweifungen (Ge-  
 schlechtsschwächen) neigen und auch sonst, wie die Statistik der  
 Verbrechen beweist, viel leichter als mäßige Personen auf Abwege  
 geraten.

Besonders verhängnisvoll ist es, daß Trunksucht der Eltern nur  
 allzu häufig eine schwächliche, geistig i. e. körperlich minderwertige Nach-  
 kommenchaft zur Folge hat, deren Entwicklung oft durch Vernach-  
 lässigung der Pflege und Erziehung weiter ungünstig beeinflusst wird.

**Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Mülhausen i. E.**

Der gewaltige Aufschwung, den der Deutsche Metallarbeiter-  
 Verband in den letzten Jahren zu verzeichnen hat, ist in Elsaß-  
 Lothringen spürlos vorübergegangen. Speziell im Oberelsaß, wo die  
 Metallindustrie in harter Blüte steht, ist von Organisation keine  
 Spur. Die Verwaltungsjahre in Mülhausen — einer Industriestadt,  
 die an 12000 Metallarbeiter in sich birgt — frühlte ein ganzes Jahr-  
 zehnt lang, trotz aller Mühen und Opfer, ein bejammernswertes  
 Dasein. Wenn in der letzten Zeit ein Aufschwung derselben statt-  
 gefunden hat, so ist es der intensiven Arbeit einiger älterer Ver-  
 bandskollegen zu danken, aber bei weitem war der Erfolg nicht der-  
 der er hätte sein müssen. Es wird wohl in Deutschland kein Ort  
 vorhanden sein, wo von einer solchen Zahl Metallarbeiter, wie in  
 Mülhausen aufweist, nur ein kaum nennenswerter Teil den gewerk-  
 schaftlichen Organisationen angehört. Und doch hätten wahrlich  
 gerade die Mülhauser Metallarbeiter alle Ursache, den Weg nach  
 derselben zu suchen. Betrachten wir deren Lohn- und Arbeitsver-  
 hältnisse näher.

Das Fehlen der nötigen Verbindung in den einzelnen Werk-  
 stätten hat bis jetzt eine Statistik über die Verhältnisse unmöglich  
 gemacht, wir müssen uns deshalb mit dem begnügen, was durch  
 organisierte Kollegen und Freunde zu ermitteln war. Befolgen wir  
 uns in erster Linie den größten Betrieb am Plage, die Elsaßische  
 Maschinenbau-Gesellschaft. Diese beschäftigt 3000 bis 3500 Ar-  
 beiter, je nach dem Geschäftsgang, von denen jedoch der größte Teil  
 — was auch für die Organisation als Hindernis betrachtet werden  
 kann — in der Fabrik ihren Lebenslauf beginnen und beschließen.  
 Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden. Die Lohn- und Arbeits-  
 verhältnisse verschlechtern sich seit einigen Jahren immer mehr. Durch-  
 schnittlich steht es aus bei den Hand- und Maschinenformern. Der  
 Tagelohn ist da durchschnittlich auf 2,40 bis 2,60 Mk. festgesetzt. Durch  
 den Stücklohn ist es einzelnen möglich, sich auf 3 bis 5 Mk. pro Tag  
 zu arbeiten, dies ist natürlich nur der Fall mit Anspannung aller  
 physischen Kräfte. Die Preise der einzelnen Stücke wurden in den  
 letzten sechs Jahren bis zu 70 Prozent reduziert. Die Schutz-  
 vorrichtungen lassen in den Diebstehlen sehr zu wünschen übrig, mehr  
 noch die Lüftung. Die gesundheitsschädlichen Gase und der erstickende  
 Qualm vom Gießen belästigt die Arbeiter täglich, da die Lüftung  
 ungenügend ist. Noch weniger beneidenswert sind die Schleifer und  
 Polierer; deren Beruf, an sich schon gesundheitsschädlich, ist hier  
 geradezu mörderisch. Durch andauernde Lohnreduktion wird der  
 Arbeiter selbst zur Maschine erniedrigt. Bei den Schleifern führte  
 die Lohnreduktion im Laufe dieses Sommers zu einem Streik, der  
 wegen des einmütigen Vorgehens schon nach zwei Tagen zu ihren  
 Gunsten beendet war. Durch den Streik erkannten die Schleifer auch  
 den Wert der Organisation und traten dem Verband bei. Am  
 erdbärmlichsten steht es um die Schlosser, bei denen ein ganzes Heer  
 von Schügen (Schweißtreiber) für möglichst intensive Ausnützung  
 der Arbeitskraft Sorge trägt. Die Löhne sind einfach miserabel.  
 Ausgeleitete Arbeiter erhalten circa 2,20 Mk. pro Tag, in sehr vielen  
 Fällen jedoch noch weniger. Ähnlich sind die Verhältnisse in den  
 anderen Abteilungen, in der Blechschmiede, Schmiede, Dreherei,  
 Modelldreherei u. s. w. Lohnreduktionen betragen im Durchschnitt  
 in allen Abteilungen in den letzten Jahren 40 bis 60 Prozent, mit-  
 unter, wie oben schon angeführt, bei Formern und Schmiebern 70 Pro-  
 zent. Das ist unter solchen Umständen nicht mehr möglich, einen  
 richtigen Verdienst zu erzielen, ist einleuchtend. Dafür herrscht eine

Günstlings-, Wetzern- und Willkürherrschaft, die ihresgleichen sucht.  
 Jeder, der durch Sprichwörter irgend einen Posten errungen hat,  
 sieht sich als unumschränkter Herrscher gegenüber seinen Untergebenen,  
 dabei sind es gewöhnlich noch solche Kreaturen, die zu den Stellen, die  
 sie zu versehen haben, weder Vorbildung noch Fachkenntnis genug  
 besitzen. Zu was denn auch? Um Arbeiter zu tyrannisieren, dazu ist  
 auch der Dünne und Schöfellei flug genug. Wie es unter solchen  
 Umständen mit der Behandlung der Arbeiter ausfällt, braucht wohl  
 nicht besonders betont zu werden. Diese steht eben unter aller Kritik.

Nun noch einiges über die Verhältnisse der Arbeiter in hoher  
 Blüte steht. Die Ausbeutungsdurst dieser Firma kann wohl mit  
 nichts trefflicher gekennzeichnet werden, als mit dem System der  
 Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte, die noch zugleich als  
 Preisbrücker gegen die älteren Arbeiter auftreten, was besonders bei  
 den Handformern der Fall ist. Die ganze Werbertheit des geld-  
 gierigen Systems zeigt sich in der Beschäftigung der Schlosserlehrlinge;  
 diese müssen bei Eintritt in die Beschäftigung der Schlosserlehrlinge;  
 Guspupplammer gegen 40 Pf. Taglohn die Gußstücke vom Sand be-  
 freien. Früher waren mit dieser Arbeit ältere Männer mit einem  
 Taglohn von 2,40 bis 2,60 Mk. beschäftigt, heute machen es die  
 Schlosserlehrlinge! Die Lehrlinge erhalten also keine Ausbildung im  
 Handwerk, und so sind sie verurteilt, entweder ihr Leben in dem Ge-  
 schäft zuzubringen, oder beim Austritt einen anderen Erwerbszweig  
 zu suchen.

So sieht es im großen ganzen mit den Verhältnissen in diesem  
 Elberado aus. Über die Verhältnisse in den einzelnen Abteilungen  
 ein andermal. Doch noch ein Wort über den Arbeiterauschuss, der  
 von den Delegierten zur Betriebskrankenkasse, in der es nebenbei  
 bemerkt, mit vielem auch noch recht würdig aussieht, geillt wird.  
 Die Tätigkeit des Arbeiterauschusses ist gleich Null, weil eben hinter  
 ihm eine vollständig indifferente Arbeiterklasse steht, was der Direktion  
 Gelegenheit gibt, etwaige Delegierte, die ihrer Kritik zu viel Spiel-  
 raum lassen, einfach unmöglich zu machen. Leider sind schon oft  
 Fälle vorgekommen, daß man unliebame Delegierte aus dem Betrieb  
 einfach hinausgeschickte. Würde aber eine organisierte Masse hinter  
 dem Arbeiterauschuss stehen, so hätte er ein ganz schönes Arbeits-  
 feld vor sich und könnte manchen Mißstand beseitigen.

Doch auch der Direktion ist am Wohl und Wehe der Arbeiter  
 sehr wenig gelegen, davon zeugen die Massenarbeitsentlassungen in  
 den Kriegsjahren 1901 und 1902, wo Hunderte von Arbeitern auf  
 Pflaster gesetzt wurden. Dafür war die Beschäftigung in der Lage,  
 am Schlusse des Rechnungsjahres 1901 bis 1902 einen Gewinn in  
 der Höhe von 182376 Mk. zu verzeichnen, der in diesem Jahre, bei  
 des nicht immer gut gehenden Geschäftsganges, auf 2350000 Mk.  
 stieg. Diese Zahlen sprechen angelegentlich die Lage der Arbeiter in  
 diesem Unternehmen an. Die viel Arbeiterklasse, wie viel Not  
 und Elend in der Familie der Arbeiter hat diese ungeheure Summe  
 als Überschuss gekostet und wie viel hätten die Arbeiter durch die  
 Organisation nicht für sich davon erringen können? Das sind Fragen,  
 die man unwillkürlich stellen muß, wenn man die traurige Lage der  
 Metallarbeiter mit diesem Mißstand vergleicht.

Nicht viel besser als in dem vorstehend geschilderten Betrieb  
 sieht es in den übrigen Maschinenfabriken aus. In dem Betrieb  
 der Firma vormals Document werden ungefähr 500 Arbeiter be-  
 schäftigt. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden. Der Lohn schwankt  
 zwischen 2,60 bis 2,80 Mk. für Schlosser, Dreher und Maschinen-  
 arbeiter. Teilweise ist auch das Prämienystem eingeführt. Die  
 Behandlung der Arbeiter läßt sehr zu wünschen übrig. Dasselbe  
 gilt für die Werkzeugmaschinenfabrik von Friedrich Schulz, die  
 nur ungefähr 70 Arbeiter beschäftigt. In diesen beiden Betrieben  
 läßt sich feststellen, daß die Arbeiter meist alt und grau darin  
 werden, ohne jemals die Stellung zu wechseln. Arbeiterauschüsse sind  
 in den beiden Werkstätten nicht vorhanden. Die genannten drei  
 Unternehmen sind die größten Fabriken der Maschinenbranche, die  
 in Frage kommen, daneben existieren noch eine ganze Anzahl kleinere  
 Werkstätten, in denen oft himmelschreiende Zustände herrschen, die  
 wir auch gelegentlich unter die Lupe nehmen werden.

In den oben angeführten Fabriken sind Wascheinrichtungen,  
 Speiseraum, Ankleideraum u. s. w. meistens gar nicht vorhanden,  
 oder dazwischen primitiv, daß diese gar nicht in Frage kommen können.  
 Für den Gewerbeinspektor würde sich sehr oft Gelegenheit finden,  
 einguzutreten; leider ist er für die Arbeiter eine unbekante  
 Persönlichkeit, er ist noch nie gesehen worden.

Es ist wohl klar, daß diese traurige Lage den Metallarbeitern  
 in Mülhausen zu Klagen und bitterem Groll gegen die Unternehmer  
 Anlaß gegeben hat; andererseits muß aber auch gesagt werden, daß  
 die Arbeiter selbst sehr viel Schuld an diesen Zuständen haben. Die  
 Faust in der Tasche nützt nichts, das emige Lamentieren und Schimpfen  
 hinter dem Rücken der Vorgesetzten hilft nichts und verbessert nicht  
 die Verhältnisse. Hier kann nur die Organisation Abhilfe schaffen.  
 Wie oft schon wurde versucht, die Mülhauser Metallarbeiter auf-  
 juristeln, ihnen die traurige Lage vor Augen geführt und gezeigt,  
 wie sich diese verbessern ließe. Doch ohne Erfolg; jede Mühe und  
 Arbeit scheiterte an dem Unverstand der Massen.

Inzwischen hatte aber das Unternehmertum es verstanden, sich den  
 Indifferenzismus der Metallarbeiter zu nütze zu machen. Die Lohn-  
 reduktionen, die fortgesetzte Einführung aller möglichen Arbeits-  
 kontrollsysteme, alle nur dazu angetan, die Arbeitsleistung der Lohn-  
 sklavens zu erhöhen, ihnen das letzte Pfund noch aus den  
 Knochen zu saugen, diese Maßnahmen zeugen davon, wie der geld-  
 gierige Kapitalismus es versteht, mit den indifferenteren Arbeitern  
 umzukämpfen. Sie sind ein Spielball seiner Launen. Freilich wird  
 auch die Langmut der Arbeiter zu Ende gehen, doch welcher Erfolg  
 da den unorganisierten Massen bevorsteht, dafür gibt der in letzter  
 Zeit in Mannheim stattgehabte Streik bei der Firma Lang ein  
 trauriges Beispiel. Zu spät haben hier die Arbeiter die Organi-  
 sation schätzen gelernt, deshalb konnte auch die Katastrophe nicht  
 ausbleiben. Auch in Mülhausen wird in der Elsaßischen Maschinen-  
 bau-Gesellschaft der Geduldsfaden der Arbeiter reiben; es hängt  
 jedoch von den Arbeitern ab, ob der Erfolg auf ihrer Seite sein  
 wird. Diesen verbürgt nur die Organisation. Nachdrücklicher denn  
 je möchten wir den Metallarbeitern, speziell bei der Elsaßischen  
 Maschinenfabrik, zurufen, sich aus ihrer Stumpfheit zu erheben und  
 zu kämpfen mit den Kollegen, die sich bereits jahrelang in den Dienst der  
 Organisation gestellt haben. Die bisherige an den Tag gelegte Lethargie  
 muß abgetrieben werden, wenn auch die hiesigen Metallarbeiter Teil  
 geben wollen an den Errungenheiten der Arbeiterklasse.

Die Kollegen aber, die der Organisation angehören, dürfen es  
 nicht unterlassen, immer wieder darauf hinzuwirken und den Hebel  
 aufzuheben, um die Kollegen, die unseren Reizen fernstehen, für unsere  
 Sache zu gewinnen. Steier Tropfen höhlt den Stein, sagt das  
 Sprichwort. So muß es auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband  
 gelingen, den Indifferenzismus der Mülhauser Metallarbeiter zu  
 brechen.

**Sozialdemokratische Buidsamkeit.**

Unter dieser vielversprechenden Überschrift befand sich in Nr. 15  
 des Deutschen Metallarbeiter, Organ des Wieserbüchsen Verbandes,  
 folgender Artikel:  
 Am Sonntag den 12. Juli fand in Düsseldorf-Bilk eine von  
 unserer Düsseldorf-Jahresliste einberufene öffentliche Versammlung  
 statt. Der Besuch ließ wegen schönen Wetters begreiflich zu wun-  
 schen übrig. Das auch Mitglieder des sozialdemokratischen Metall-  
 arbeiter-Verbandes in mehreren Versammlungen erschienen, um für  
 ihre Sache zu agitieren durch die Düsseldorf-Verhandlungen, ist be-  
 kannt, und wird ihnen auch von dieser Seite dankbar werden.  
 Unsere Kollegen sollten dies auch überall so machen. Was Be-  
 züglich dieser „toleranten“ Mitglieder des „deutschen“ sozial-  
 demokratischen Metallarbeiter-Verbandes ist, war, das drei, darunter  
 der frühere Kassier und jetzige Gewerbegerichtsbekannter des Düffel-  
 dorfer Gewerbegerichts, auch jetzt noch Mitglied des genannten  
 Verbandes, draußen an der Türe stehen ließen und die Arbeiter  
 von dem Versammlungsbesuch abhielten, dadurch, daß sie sagten:  
 die nehmen ja 20 Pf. Entree! was nicht der Fall war, aber den  
 Eintretenden sagten, das ist ja doch Quatsch, was dort gesprochen  
 wird. Der famose „freie Gewerkschaftler“ heißt Dauwald. Mit

noch zwei anderen Freunden stellte sich der „moderne“ Nach-Gewerkschaftler direkt an die Saalkür, um jedenfalls die 10 Pf. Entree zu sparen. Denkste, etwas auf Anstand und Charakter haltende Gewerkschaftler würden sich dessen tief geschämt haben, davon scheinen Hauswald und seine Freunde nichts zu kennen. Was sagen die anständigen, wirklich „freien“ Mitglieder des deutschen Verbandes dazu? Hauswald scheint getreu der Anweisung des Korrespondenzblattes der Generalkommission der freien Gewerkschaften zu folgen, wonach die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften verhindert werden soll. Es geht doch nichts über sozialdemokratische Freiheit und Duldbarkeit!

(Anmerkung der Redaktion.) Wenn die christlichen Arbeiter selbst in Düsseldorf solche unverschämte Frechheiten sich in ihren eigenen Versammlungen bieten lassen, dann wird das Auftreten solcher Burfschen immer dreister und unverschämter. Warum nicht einige handfeste Ordner bestellt und an den Eingang des Saales postiert, die solche Elemente eventuell die nötigen Anstandsregeln beibringen. Wir können nur den Kollegen anraten, laßt euch nicht alles bieten, dann wird euch nicht alles geboten.

Da die in dem Artikel enthaltenen Behauptungen teils direkt un wahr, teils tendenziös entstellt sind, so fragte der Bevollmächtigte der Düsseldorf Agitationsstelle, Kollege J. Käfer, bei dem Artikelschreiber, dem christlichen Agitationsleiter Winter, an, ob sie — die Christlichen — bereit wären, die in dem Artikel enthaltenen Behauptungen in einer gemeinschaftlichen Sitzung zu beweisen. Dieses wurde zugestimmt und die Sitzung fand auch statt. Das Ergebnis war nach langen Debatten, daß sich die Vertreter des christlichen Verbandes bereit erklärten, folgende Erklärung in ihrem Organ zu veröffentlichen:

**Erklärung.**

Der in Nr. 16 des Deutschen Metallarbeiter, Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, enthaltene Artikel ist dahin zu berichtigen, daß von den drei an der Lüre gestandenen Arbeitern nur Hauswald Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war, während einer Hirsch-Dunderschen organisiert und der andere unorganisiert war. Die in dem Artikel enthaltenen Äußerungen sind nicht von Hauswald, sondern von den zwei anderen gemacht worden. Dem Kollegen Hauswald ist nicht nachgewiesen worden, daß er versucht hat, die Kollegen vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Durch die am 25. August abgehaltene Sitzung, in der Vertreter der Christlichen und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Ortsgruppe Düsseldorf anwesend sind, ist diese Sache dahin aufgelklärt.

Die Ortsverwaltung der Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Düsseldorf mißbilligt die Handlungsweise des Kollegen Hauswald, indem derselbe sich ungebührlich an der Lüre aufgehalten hat. J. Freil, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Agitationsleiter Düsseldorf, J. Käfer, Bevollmächtigt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, J. Winter, Agitationsleiter des christlichen Verbandes.

Diese Erklärung wurde von Freil in zwei Exemplaren geschrieben, diese noch einmal verglichen und dann unterschrieben. Die anwesenden Vertreter des christlichen Verbandes verpflichteten sich, sie in ihrem Organ nützlich zu veröffentlichen. Sehen wir, wie sie sich dieses Versprechens entledigt haben. In Nr. 19 ihres Organes finden wir folgendes:

Düsseldorf. Eine gemeinsame Sitzung von Vertretern unseres und des „freien“ sozialdemokratischen Verbandes beschäftigte sich mit der vor einiger Zeit in Bill unverserfirts abgehaltenen Versammlung respektive mit den dort vorgekommenen Ungehörigkeiten. Ein Artikel in unserem Organ (Nr. 16) beizunehmende beunruhigt drei Mitglieder des Deutschen sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, darunter den früheren Kassierer Hauswald, sich in ungebührlicher Weise durch hämische Bemerkungen u. s. w., vor dem Versammlungslokal lästig gemacht zu haben. In obiger Sitzung wurde die Sache nun dahin aufgelklärt, daß von den dreien nur Hauswald dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört. Auch sollen die intrumentierten Äußerungen nicht von ihm, sondern von den zwei anderen gemacht worden sein. Das Verhalten des p. Hauswald wird von Seiten des Vorstandes der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mißbilligt, indem derselbe nicht wie beantragt, die Versammlung besucht, sondern sich vor dem Lokal aufgehalten hat. Möge man in Zukunft nur ruhig unsere öffentlichen Versammlungen besuchen und sich dort „ausprechen“, dann werden derartige Zwischenfälle vermieden.

Man vergleiche die veröffentlichte Erklärung mit der vereinbarten. In der betreffenden Sitzung wurde von Winter betont, daß es bei derartigen Erklärungen auf ein Wort ankomme. Das stimmt auffallend. In der vereinbarten Erklärung heißt es, daß die betreffenden Äußerungen nicht von Hauswald gemacht worden sind, und in der Veröffentlichung heißt es: Auch sollen die intrumentierten Äußerungen nicht von Hauswald, sondern von den zwei anderen gemacht worden sein.

In der Sitzung blieb von der ganzen „sozialdemokratischen“ Ungebührlichkeit nichts weiter übrig, als daß Hauswald einige Minuten an der Saalkür mit einigen ihm befreundeten Berufscollegen (Klempnern) ein äußerst harmloses Gespräch führte. Von dem Besuch der Versammlung hat Hauswald Abstand genommen, weil sie sehr schwach besetzt war. Daß die Ortsverwaltung unseres Verbandes dieses noch mißbilligte, obwohl kaum etwas zu mißbilligen war, beweist doch Entgegenkommen gerade genug. Die hiesige Ortsverwaltung hat versucht, die Spalten unseres Verbandsorgans mit dieser Sache zu verpacken, da diese in letzter Zeit ohnehin mit derartigen Dingen mehr als wünschenswert gefüllt sind. Aus diesem Grunde haben wir versucht, den Streitfall in der oben angegebenen Weise zu regeln, indem wir an das Unstillsgericht unserer christlichen Gegner hier an Orte appellierten; mit welchem Erfolg haben wir gesehen. Jedenfalls hat dieser Fall bewiesen, was von „sozialdemokratischem Terrorismus“ für gewöhnlich übrig bleibt, wenn man ihm auf den Grund geht. Daß dieses hin und wider geschieht, ist unbedingt notwendig, sonst müßte, um mit Herrn Wieber zu reden, „das Treiben solcher Burfschen immer dreister und unverschämter“.

**Nachklänge zum Streik bei Lanz in Mannheim.**

Wie es mit der Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner bestellt ist, dafür haben wir, hauptsächlich in der letzten Zeit, genügend Erfahrungen machen können. Auch der Anstand der Lanzschen Arbeiter hat wieder einige Blüten dieser Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit gezeitigt, die sich in äppig wachsender Weise in der Spalte des Regulator, Gewerksvereiner und Gewerksvereinsbote entwickelten. Für heute wollen wir uns nur eine dieser Pflanzchen herausgreifen und deren schöne Farbepracht und heranziehendes Laub etwas untersuchen.

Herrn Walzer, dem Agitationsleiter und Leiter der an dem Lanzschen Streik beteiligten Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, hat es gefallen, in Nr. 37 des Regulator einen Rückblick über den Streik bei Lanz in Mannheim zu geben und dabei seine reichen Erfahrungen in gemeinschaftlichen Dingen, das fröhliche, zielbewusste Eintreten seiner Verbandskollegen und hauptsächlich seiner Person ins Licht zu setzen, und die Fehler, Bergehen und Berbrechen der Metallarbeiter-Verbandler und deren Führer „anzudeuten“. Dieser mit seinem Namen unterzeichnete Bericht hat auch der Gewerksvereinsbote übernommen, damit die „wahren Wahrheiten“ über die 1111 Verbändler in den weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden können.

Von der Verwaltungsstelle Mannheim ist bereits in Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung geantwortet worden und soll hier bloß an einige Punkte, in denen es sich um den Unterzeichneten handelt, die Walzer'sche Wahrheitsliebe gezeigt werden.

In Nr. 34 des Regulator steht unter der Aufschrift Metallarbeiter-Verbandsleiter'sches auf Seite 267 eine Notiz, in der es heißt: „Kannheim. Zu einer von uns, den Gewerksvereiner, einberufenen Versammlung, die sehr gut besucht war, zitierte die Metallarbeiter-Verbandsleiter ihre Vertreter Walzer'sch und Hirsch'sch sowie auch den ganzen Generalstab dieser Herren auftreten lassen.“

Es sollte den Hirschen eins ausgewischt werden. Doch vergeblich, denn jeder Punkt, der von diesen Herren ins Feld geführt wurde, konnte mit guten Gründen zurückgewiesen werden.“

Diese erwähnte Versammlung war von den Gewerksvereiner am Montag den 10. August ins Stephanienschloßchen einberufen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den bisherigen Verlauf des Streikes. Referent J. Walzer. 2. Bericht der im Saalbau gewählten Kommission. 3. Stellung der noch in Arbeit stehenden Lanzschen Arbeiter.“ Die Versammlung war vom Gewerksvereiner ohne vorherige Rücksprache und ohne Einverständnis der anderen am Streik beteiligten Organisationen inszeniert, obwohl keines der Kommissionsmitglieder, die durch den Nachspruch des Herrn Walzer Bericht erstatten sollten, dem Gewerksvereiner angehörte. In dieser Versammlung, in der sich Herr Walzer als Ultraradikaler gebärdete und gegen die Leitung der Mannheim Metallarbeiter wegen einer Resolution (siehe Nr. 38 der Metallarbeiter-Ztg.), in welcher diese wegen Ausschließlichkeit eines Generalstreiks ihren Mitgliedern empfahl, von Verweigerung der Streikarbeit abzusehen, loszog, waren auch der Gauleiter Frisch und ich anwesend. Ich war nachmittags deselben Tages zwecks Information nach Mannheim gekommen und traf zufällig mit Frisch, der auf der Tour über Mannheim kam, zusammen. Wir besprachen uns mit einigen leitenden Personen unseres Verbandes, und Frisch und ich waren darin einig, in dieser Versammlung, wenn es nicht unbedingt nötig ist, kein Wort zu reden, sondern beantragen zu lassen, daß nach Schluß dieser Versammlung eine gemeinschaftliche Besprechung mit sämtlichen Leitern der beteiligten Organisationen stattfinden, was auch geschah. In dieser Versammlung hat weder Frisch noch ich ein Wort gesprochen!

Nun heißt es aber in obiger Notiz im Regulator: „Es sollte den Hirschen eins ausgewischt werden. Doch vergeblich, denn jeder Punkt, der von diesen Herren ins Feld geführt wurde, konnte mit guten Gründen zurückgewiesen werden.“ Wenn man dies liest, muß man annehmen, daß Frisch und ich in dieser Versammlung aufgetreten sind und von Walzer und Genossen abgefertigt wurden. Wenn dies nicht eine an Frechheit grenzende Entstellung von Tatsachen ist, dann gibt es so etwas überhaupt nicht. Herr Walzer stellte sich in dieser Versammlung hin und betonte wiederholt, daß er die Zustimmung des Generalrats zu sämtlichen Vorgehen habe und nur die Erklärung der anderen Organisationen ermanget. Ob dies allgemein geglaubt wurde, daß der Generalrat seine Zustimmung zu einem eventuellen Generalausstand gegeben hat, ehe die anderen Organisationen sich für einen solchen erklärten, ist fraglich. Ich glaube dies nicht! Herr Walzer entsetzte mit seinen Ausführungen Beifall. Er war eine Zeit lang der Held des Tages! Diese Inszenierung der Versammlung und das Auftreten Walzers war eine unverantwortliche Disziplinlosigkeit in einem solchen Ausstand, es richtete sich gegen jedes gemeinschaftliche Vorgehen der beteiligten Organisationen und ist nur durch Walzers Unfähigkeit in solchen Dingen oder durch Größenswahn erklärlich.

Nach Schluß der Versammlung fand eine gemeinschaftliche Besprechung auf unsere Anregung statt, an der auch die Leitung des Gewerksvereins mit Herrn Walzer teilnahm. In dieser Besprechung wurde festgestellt, wie viele von den circa 2300 Lanzschen Arbeitern organisiert sind. Es wurde daraufhin von mir die Frage aufgeworfen, ob jemand der Anwesenden glaube, daß durch einen Generalausstand den Schmieden zum Siege verholfen werden könne, ob man glaube, bei einem längeren Generalausstand die Nichtbezugsberechtigten unterstützen zu können und wie dies geschehen soll. Es wurde auf die Folgen hingewiesen, die eintreten, wenn die Nichtbezugsberechtigten durch ungenügende Unterstützung die Arbeit aufnehmen; wenn der Streik dann verloren ginge, würde eine Auslese gehalten, die bekämteren guten Leute würden draußen bleiben und die gesamten Organisationen würden geschädigt, die ganze Bewegung eventuell zurückgeworfen. Niemand der Anwesenden konnte dagegen etwas einwenden, niemand glaubte, daß durch einen Generalausstand den Schmieden zum Erfolg verholfen wird; auch der Leiter des Schmiedestreiks nicht. Und auch Herr Walzer wußte auf das „Was dann?“ nichts zu sagen.

Es wurde dann auch beschlossen, daß die Kommission am 11. August nochmals vorstellig werde und daß auf Grund des alten Protokolls die Schmiede eventuell bemogen werden sollten, die Arbeit aufzunehmen. — Die Firma ließ sich am nächsten Tage auf das alte Protokoll nicht mehr ein, die Schmiede lehnten insfolgedessen eine Wiederaufnahme der Arbeit ab. Diese Dinge sind ja genügend bekannt.

Am 11. August abends fand dann die Versammlung im Saalbau statt, die die zum Generalausstand führenden Beschlüsse faßte. In dieser zweiten Versammlung sollen nach der Notiz in Nr. 34 des Regulator die Metallarbeiter ohne Führer dagestanden haben. Anwesend waren und gesprochen haben der Vorsitzende, Geschäftsführer und noch ein Mitglied der Ortsverwaltung Mannheim, und ich.

In seinem Rückblick auf den Streik bei Lanz in Mannheim“ in Nr. 37 des Regulator führt nun Herr Walzer aus: „Demzufolge fand am folgenden Abend (gemeint ist der 11. August) wieder eine Fabrikversammlung statt, in welcher die Vertreter des Gewerksvereins und der Christlichen auf erfolgte Aufforderung nochmals ihre entsprechende Erklärung abgaben, während der Vertreter des Hauptverbandes vom Metallarbeiter-Verband, Herr Maslatsch aus Stuttgart, mir sagte, daß ihn die eigenen Verbandskollegen auffordern, hier sein Wort abzugeben, er könne dies nicht, die Versammlung solle beschließen, der Hauptverband würde sich fügen. Jeder weitere Kommentar zu dieser Führung“ würde dem Vorgang nur abschwächen.“

Dies die Darstellung des Herrn Walzer. — Tatsache ist: In dieser Versammlung wurde von einigen Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes an Herrn Walzer und die Leitung der Christlichen eine Anfrage über ihre Stellungnahme gerichtet. Darauf stellte Herr Walzer dieselbe Anfrage, indem er auf seinen tags vorher eingenommenen Standpunkt verwies, an die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes, unter Hinweis auf die Anwesenheit des Vertreters des Hauptverbandes. Unser Geschäftsführer Schneider antwortete sofort darauf, daß der Metallarbeiter-Verband sich nach den gefaßten Beschlüssen dieser Versammlung richten wird. Durch das radikale, von Metallarbeiter-Verband vernichtete jollende Auftreten des Herrn Walzer am vorhergehenden Abend beeinflusst, stellte nun noch ein Mitglied unseres Verbandes direkt die Anfrage an mich, wie der Hauptverband sich zu einem Generalstreik stelle. Ich ergriß das Wort und erklärte: „Ich finde es bedauerlich, daß man hier noch ein Mitglied unseres Verbandes eine derartige Anfrage stellt und ein Wort vom Hauptverband verlangt. Unsere Mitglieder bei Lanz sind doch nicht die Majorität der Lanzschen Arbeiter und haben ihr Recht und keine Verpflichtung, ihnen eine Direktive zu geben. Sie müssen selbst wissen, was sie zu tun haben. Wenn sie glauben, daß die heutige Versammlung kompetent ist, solche Beschlüsse zu fassen und diese gehalten werden, so werden auch wir unsere Mitglieder veranlassen, diese Beschlüsse zu halten. Aber eine Direktive kann unser Hauptverband ihnen nicht geben.“

Dies meine wörtlichen Ausführungen. Daran ist für jeden wahrheitsliebenden und begriffsfähigen verständigen Menschen nur zu ersehen, daß der Hauptverband unseres Verbandes — ganz abgesehen davon, daß er erst durch mich Information einziehen ließ! — nach Lage der Sache nicht die Macht besaß, eine für 2300 Arbeiter Gültigkeit haben sollende Beschlüsse zu fassen. Er ist nicht in der Lage, einer aus so vielen Organisationen und nicht organisierten Arbeitern zusammengejetzten Versammlung verpflichtende Beschlüsse zu machen, aber nach dem Stand der Dinge übernimmt er für seine Mitglieder die Konsequenz zur Durchführung der gefassten Beschlüsse.

Für jeden ehrlichen oder verständigen Gewerkschaftsführer mußte diese Erklärung befriedigend sein. Für Herrn Walzer war sie dies nicht. Er verachtete durch Weglassung und Verdrehung der Ausführungen Kapitel gegen den Metallarbeiter-Verband und zur Selbstverherrlichung seiner Person zu schlagen. Auch eine — „Tat!“

In der gemeinschaftlichen Sitzung, die sich mit der Festlegung

der Streikgelder für die nicht bezugsberechtigten Lanzschen Arbeiter beschäftigte, hatte Herr Walzer den Radikalismus seiner Entlassung herlichlich schon gänzlich abgelegt. Nur ein schwacher Schatten in so großen Gewerkschaftsführers war noch übrig geblieben. Er, t noch vor kurzem mit der vollstündigen Zustimmung des Generalrats prahlte und als Scharfmacher par excellence sich produzieren mußte wiederholt gestelzte: „Ich muß erst abwarten, ich habe no keine Nachricht u. s. w.“

Diese Antworten hätten gewiß für einen Gewerkschaftsführer der die Beschlüsse seines Hauptverbandes abwarten muß, nicht Beschämendes an sich; aber nach dem selbständigen Gebahren des Herrn Walzer machte es einen eigentümlichen Eindruck.

Bei der Abstimmung über die Unterstüzung der Nichtbezugsberechtigten und Unorganisierten, die je nach der Stärke der beteiligten Organisationen den einzelnen Organisationen zugewiesen wurden, enthielten die Gewerksvereiner sich der Abstimmung. Wir sagten nichts dazu. Aber selbst Herrn Wieber vom Verband der Christlichen fiel dies auf; er sagte in einem kurzen Zwiesgespräch über unsere vorhergegangenen Meinungsdivergenzen: „Sehen Sie, bei uns wissen Sie wenigstens woran Sie sind, wir haben wenigstens gestimmt, dafür gestimmt, bei den Hirsch-Dunderschen wissen Sie es nicht; die haben sich der Stimme enthalten.“ Gewiß sehr bezeichnend!

So stellen sich die auf mich bezüglichen Ausführungen Walzers in Wahrheit dar.

Legt man sich nun angesichts solcher Erfahrungen — und diese haben wir nicht erst jetzt, sondern unzähligmale seit Bestehen unserer Organisation mit den Hirsch-Dunderschen gemacht — die Frage vor: Ist es möglich, mit den Hirsch-Dunderschen bei Lohnkämpfen z. zusammenzugehen, ohne Mißtrauen, ohne Vorbeugungsmaßnahme, ohne Gefahr zu laufen, vor, während oder nach Beendigung der Lohnkämpfe überfallen, geschädigt, verleumdet und verlästert zu werden? — so müssen wir darauf antworten: Nein, nein und nochmals nein! Die wiederholten Erfahrungen haben uns gelehrt, daß dies, ohne uns selbst zu schädigen, nicht möglich ist. Wir können uns gegenseitig nicht verstehen und werden uns nie verstehen lernen. Wir haben es wiederholt versucht, in ganz vereinzelten Fällen ist es gelungen, aber die weitaus größte Anzahl der Fälle hat das Gegenteil gezeitigt. Wir müssen uns in Zukunft sagen: Was wir nicht aus eigener Kraft können, müssen wir behauerlicherweise ungetan sein lassen.

Es scheint, als würde die Annäherung an die freien Gewerkschaften künstlich hintertrieben, aus Furcht, es könnte eine Fusion der Gebanten der im Gewerksvereiner organisierten Arbeiter mit den Gewerkschaftlern sich vollziehen und damit der Gewerksvereinerbewegung der Boden ganz genommen werden. Mit der jetzigen Taktik der Gewerksvereiner wird allerdings die Gefahr für sie nicht verringert, sondern das Gegenteil erzielt. So lange die Gewerksvereiner auf diese Weise im Trüben fischen, sich aus den gewerkschaftlichen Kämpfen der anderen Organisationen nur Vorteile verschaffen wollen, ohne selbst Opfer zu bringen, werden sie selbst die besser denkenden Elemente aus ihren Reihen abstoßen. Zeit und hinterlistig, ohne eigene Initiative, aber auf jede Gelegenheit lauend, für sich Vorteile, wenn auch nur scheinbare Vorteile zu erreichen, schleichen sie hinter dem Hereszug der um Verbesserung ihrer Verhältnisse ringenden Arbeiter her, als die Hnanen des wirtschaftlichen Schlagsfeldes.

Karl Maslatsch.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Schneider, veröffentlichte in der hiesigen Volksstimme folgende

**Erklärung.**

In mehreren Nummern der Publikationsorgane der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner sind Artikel über den Lanzschen Streik enthalten, die sich mit meiner Person speziell und mit dem Metallarbeiter-Verband im allgemeinen befassen. Die darin aufgestellten Behauptungen stehen mit der Wahrheit in so schroffem Widerspruch, daß ich unmöglich annehmen kann, sie seien im guten Glauben geschrieben. Ich erkläre deshalb den Verfasser jener Artikel, den derzeitigen Agitationsleiter der „Hirsche“, Herrn Josef Walzer, sftätslichen Dampfstraßenwalzer, Goutardplatz 1, hiermit für einen Lügner und seine Artikel für gemeine Schrafschneiderei. Damit ist ihm Gelegenheit gegeben, dem Gericht die Entscheidung über seine Wahrheitsliebe anheimzustellen.

Mannheim, 16. September 1903.

Chr. Schneider,

Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Mannheim des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Nun zeigte sich der Held Walzer in seiner ganzen Größe. Er, der die Schuld am Generalstreik trägt, wagte es, hinterher in frecher Weise andern die Schuld in die Schuhe zu schieben nach dem Grundsat: Haltet den Dieb. Weil er weiß, daß bei einem kontraktionistischen Verfahren vor Gericht sein Eingeweide zerrissen und er als Lügner entlarvt würde, vertritt er sich hinter den hiesigen Generalanleger. Er erläßt darin eine Erklärung, wonach er für die Wichtigkeit dessen, was er über den Streik zusammengeschrieben, nichts weiter angeben kann, als — sich selbst. Seine Erklärung ist nichts weiter als ein Verlegenheitsprodukt; sie lautet:

**Erklärung!**

Ich erkläre hiermit, daß der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes Christian Schneider nicht der Mann ist, der mich beleidigen kann! Denn in der letzten Bezugschen Bewegung (Sträflingjahr) hat der Herr Direktor Gans im Beisein des Bureaupersonals und der Führer der übrigen Organisationen Schneider dreimal ausdrücklich einen freien Lügner genannt, solange, bis er ihm seine damaligen Aussagen beweisen konnte mit der ausdrücklichen Zustimmung der übrigen Führer. Bis heute konnte Schneider den Wahrheitsbeweis nicht antreten und ist deshalb für uns Gewerksvereiner in diesem Sinne ein Chrolofer, der niemals insstande ist, mich zu beleidigen und die Gewerksvereiner zu produzieren.

Ich erkläre hier ferner, daß ich meine Artikel aus der Lanzschen Bewegung voll und ganz hoch halte und klage hierdurch den Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes Christian Schneider als Verräter an der Lanzschen Arbeiterfrage vor aller Öffentlichkeit an. Vielleicht geht der Feigling jetzt selbst zum Stadt und läßt sich seine Lügen bestätigen, denn zum selbständigen Denken und Handeln ist der Führer des Metallarbeiter-Verbandes doch nicht fähig.

Joseph Walzer,

Agitationsleiter der deutschen Gewerksvereiner Mannheim.

Genosse Schneider erwiderte darauf in der Volksstimme:

Der „Hirsche-Führer“ Joseph Walzer,

Straßenwalzer hier, läßt in seinem Publikationsorgan in der unverschämtesten Weise weiter. Er schreibt, ich könne ihn überhaupt nicht beleidigen. Nun ja, es gibt eben eine Sorte — eute, die überhaupt nicht zu beleidigen sind!

Zur Aufklärung betreffend die Angelegenheit bei Benz & Co. sei der Öffentlichkeit gegenüber das folgende mitgeteilt: Ich unterbreitete Herrn Direktor Gans gewisse Beschwerden gegen einige Meister und Vorgesetzte. Herr Direktor Gans ersuchte mich, die Namen meiner Gewährsmänner zu nennen, andernfalls er die Beschwerde als Lügen bezeichnen müsse. Darauf erwiderte ich, diese Angelegenheit könne auch ohne die Gewährsmänner untersucht werden.

Dies scheint in der Tat auch geschehen zu sein, denn es sind seither verschiedene Meister bei Benz gegangen worden. Durch die Nennung der Namen meiner Gewährsmänner — erklärte ich weiter — würde ich eine Reihe Familienverderbt derartig bloßstellen, daß sie der Bankrottierung und Brotlosmachung durch gewisse Meister überliert wären. Ich erachte es wenigstens eines Arbeitervertreter's für unwürdig, auf Verlangen der Unternehmer sofort die Namen derjenigen Arbeiter zu nennen, die ihm im Betraute Beschwerden übermitteln. Wenn dies ein Führer vom Schlag des Herrn Walzer nicht begeißt, dann ist er einfach nicht würdig, in diesem Posten zu stehen, denn jede andere Handlungsweise wärd

mit Recht Verrat zu nennen, und eine solche Rolle überlasse ich neiblos dem „Führer“ der „Hirche“.

Wenn ich deshalb von letzteren als „ehelos“ betrachtet werde, so kann ich nur erklären: ehelos ist diejenige Kreatur von „Arbeiterführer“, die verlangt, daß ich den Denunzianten spielen soll.

Der Verrat liegt also auf der Seite des Straßenwalzers Walzer; denn er hat, obwohl er zugeben mußte, daß ein Generalstreik auslöslich sei, doch darauf hingearbeitet, ihn zustande zu bringen.

Ich glaube die Polemik gegen den Herrn Straßenwalzer Walzer nicht besser abschließen zu können, als indem ich die Stichworte seiner freigelegten Erklärung so folgen lasse, wie er es selbst getan; nämlich:

Frecher Lügner — Ehrloser — Verräter

Joseph Walzer.

Damit genug des grausamen Spieß!

Mannheim, 18. September.

Christian Schneider,

Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Mannheim des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Eine Aussperrung der Metallarbeiter

wollen die Kühnemannen aus Anlaß des gegenwärtigen Streiks der Berliner Gürtler und Metallbrüder ins Werk setzen. Die „Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten“ hat in ihrer letzten Generalversammlung im Sitzungssaal der Börse folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. September, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen, wird aufrecht erhalten.

2. Jede Verhandlung mit der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes, sei es privatim, sei es vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts, wird rundweg abgelehnt.

3. Zur Stärkung unserer Fonds hat jedes Mitglied, so lange der Streik währt, für jeden pro 1908 der Geschäftsstelle gemeldeten Arbeitnehmer wöchentlich 50 Pf. zu zahlen.

4. Es soll zu Montag, 21. September, eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einberufen werden: „Schließung sämtlicher Fabriken, falls die ausständigen Metallarbeiter bis zu einem in dieser Versammlung noch zu bestimmenden Tage nicht in allen Betrieben bedingungslos die Arbeit aufgenommen haben.“

Der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen hat, wie bei jedem Streit, so auch bei diesem an seine Mitglieder die Aufforderung ergehen lassen, keinen aus Berlin kommenden Metallarbeiter während der Dauer des Gürtler- und Brüderstreiks einzustellen. Es ist das, wie gesagt, eine beim Kühnemannischen Verband gebräuchliche Maßnahme, welche die Aktion der organisierten Arbeiter noch niemals beeinflusst hat und auch diesmal nicht beeinflussen wird.

Auch in diesem Falle verhält es sich genau so, wie bei anderen Kämpfen der Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter. Die führenden Unternehmer sind Großfabrikanten. Ihnen schadet es nicht, wenn sie ihre Fabriken schließen. Sie können es auch verschmerzen, wenn ihnen das Hauptgeschäft der gegenwärtigen Saison verloren geht. Anders steht es dagegen mit den kleineren Unternehmern, die gerade in der bei diesem Streit in Betracht kommenden Lampen- und Kronenindustrie recht zahlreich sind.

Was auch die Fabrikanten beschließen mögen, die Streikenden sehen den Beschlüssen ruhig entgegen, sie lassen sich auch durch einen Aussperrungsbeschluß nicht zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit bewegen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Verbandsmitglieder ohne Einhaltung der statutarischen Bestimmungen die Arbeit niedergelegt haben. Bisher hat man es nicht einmal für nötig gehalten, der zuständigen Ortsverwaltung von der Art der Arbeits Einstellung Mitteilung zu machen, geschweige denn, der Bezirksleiter zur Beratung zuzuziehen.

Diese mehrfach vorgekommene Haltung der Verbandsmitglieder verstoßt gegen die Bestimmungen des § 30 unseres Verbandsstatuts. Sie liegt weder im Interesse der Organisation, noch der beteiligten Arbeiter selbst. Die Zahl der erfolglos ausgehenden Streiks wird dadurch unnötig vermehrt und der moralische Eindruck sicher nicht gestärkt.

In Zeiten wie den gegenwärtigen, wo das Unternehmertum bei den geringfügigsten Anlässen zu der Aussperrung an übergeht, ist es dringender denn je notwendig, daß jedes Mitglied auf die genaue Einhaltung des Statuts Bedacht nimmt und gegen unbefonnenes Vorgehen warnend seine Stimme erhebt.

Indem wir hiermit die in Frage kommenden wichtigsten Bestimmungen des Statuts (§ 30) wiedergeben, verbinden wir damit Fälle genau nach dem Statut zu handeln.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Arbeitsleistungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung Ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden.

Aus den Agitationsbezirken.

Thüringen.

Die Konferenz, die am 6. September im Kroll zu Erfurt tagte, war durch 29 Delegierte aus 23 Verwaltungsstellen besetzt. Sie wurde durch den Kollegen Hirschelmann-Jena voramtag 11 Uhr eröffnet. Einziger Punkt der Tagesordnung war: Die Angliederung des Thüringer Kreises an den fünften Bezirk mit dem Sitz des Bezirksleiters in Magdeburg.

Kollege Leber-Jena erhielt zunächst das Wort. Als früherer Vertrauensmann kenne er die Verhältnisse. Es waren nur wenige Orte in unserem Kreise, die organisiert waren, als Kollege Gebauer seinerzeit in Altenburg als erster Vertrauensmann fungierte; weil er nicht über die nötige Zeit verfügen konnte, gab es nur wüßige Agitation in die Hände des Hauptvorstandes gelegt, was sich aber bald als gänzlich ungenügend erwies.

Durch verschiedene Verhältnisse gezwungen, auf eine Wiederwahl zu verzichten, wurde Kollege Ehrler-Wühlhausen zum Vertrauensmann gewählt. Ehrler blieb nur ein Jahr auf dem Posten, um dann die Stelle eines Bezirksleiters in Frankfurt a. M. anzunehmen. Thüringen war wieder verwaist. Der Hauptvorstand ersuchte mich, die Arbeiten wieder aufzunehmen, was ich auch getan. Die Leipziger Konferenz lehnte die Anstellung eines Bezirksleiters für Thüringen und Sachsen ab. Wir behielten uns in der alten Form weiter. Auf der Chemnitzer Konferenz wurde beschlossen, einen Bezirksleiter für Thüringen und Sachsen anzustellen mit dem Sitz in Gera, weil dieses geographisch am besten gelegen. Dieser Beschluß ist aber vom Hauptvorstand vollständig ignoriert worden, wir Thüringer wurden zum fünften Bezirk geworfen, der Hauptvorstand hat es nicht einmal für nötig gehalten, eine Mitteilung an den bisherigen Vertrauensmann gelangen zu lassen.

Ich bin überzeugt, daß nur ein fest Angestellter die Agitation in Thüringen mit seiner verschiedenenartigen Industrie (Hausindustrie) so leiten kann, daß ein Nutzen für unsere Ziele dabei erreicht wird. Die Lohnbrüder aus den kleinen Orten, die für die großen Industriezentren die Streikbrecher liefern, bewußtsein gebracht werden.

Boß-Magdeburg: Die Bezirkseinteilung ist eine Neuerung. Es müssen erst Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht werden. Der Hauptvorstand muß sich an das Statut halten, das nur zehn Bezirke vorschreibt. Ich bin eher für eine Verstärkung der Kräfte als für eine Verkleinerung der Bezirke. Meine Kraft werde ich so viel als möglich dem Thüringer Kreis zu widmen suchen.

Hirschelmann-Jena spricht sich gegen die neue Einteilung des Bezirkes aus. Die große Entfernung von Magdeburg zum Beispiel nach Schleiz, Saalfeld, Koburg und anderen Orten mache es dem Bezirksleiter unmöglich, seine Zeit so einzuteilen, wie es für die wichtige Sache von Nutzen ist.

Schwab-Friedrichroda tritt für kleinere Bezirke ein und sucht die Ausführungen von Boß zu widerlegen. Grimme-Gera kann nicht verstehen, wie der Hauptvorstand dazu kommt, eine Einteilung zu schaffen, die den Chemnitzer Konferenzbeschlüssen diametral gegenübersteht. In Chemnitz ist man doch dem Hauptvorstand entgegengekommen, indem man mit einem Bezirksleiter für Thüringen und Sachsen einverstanden war und den Sitz in der Mitte beider Landesteile legen wollte. Die 102 Delegierten, die circa 90 Verbandsorte vertreten, müssen die Verhältnisse doch besser kennen als der Hauptvorstand, zumal die Sachgenannten: Wir haben durch Leipzig, Dresden, Chemnitz gute Stützpunkte und können sofort den Bezirksleiter vorwiegend in Thüringen arbeiten lassen. Der Hauptvorstand ist es ja selbst gewesen, der ursprünglich Thüringen und Sachsen zu einem Bezirk vereinigen wollte. Die Gründe für die Ausschaltung des Chemnitzer Konferenzbeschlusses vermissen er und wünsche Aufklärung hierüber.

Keil-Erfurt, Arnold-Weimar, Mehner-Ruhla sprachen sich im ähnlichen Sinne aus.

Seidel-Gienach wünscht, da nun die Tagesordnung genügend diskutiert sei, Vorschläge, wie in Zukunft die Agitation geleitet werden soll.

Es ist 1 Uhr, die Mittagspause tritt ein. Die Konferenz wird um 3 Uhr wieder eröffnet.

Boß-Magdeburg: Die Streikbrecher kommen nicht vorwiegend aus kleineren Orten, weil dort die Arbeiter mehr an die Scholle gefesselt sind. Die Großindustrie verlegt sich immer mehr auf die kleineren Orte, wo sie mit niedrigen Löhnen wirtschaftet. Die Unternehmer tun immer daselbe, ob der Ort groß oder klein ist. Der Einwand, daß eine Person, die mit den verschiedenen Gegebenheiten im Thüringer Lande nicht ganz vertraut sei, auch nicht auf agileren fähig, treffe bei ihm nicht zu. Während seiner langjährigen Tätigkeit in Preußen, wo man doch nicht über große Müchtränne der Polizei sich freuen könne, sei er doch immer durchgekommen und so würde es auch hier geschehen. Man möge sich doch dem Unvermeidlichen fügen und die Beschlüsse der Generalversammlung anerkennen.

Hirschelmann-Jena stellt den Antrag, einen Bezirksleiter für Thüringen anzustellen und pro Mitglied 10 Pf. monatlichen Beitrag zu erheben, das eventuell noch Fehlende soll die Hauptkasse tragen.

Dieser Antrag wird von verschiedenen Seiten belächelt mit dem Hinweis, daß schon in vielen Verwaltungsstellen Extrabeiträge erhoben werden. Den Mitgliedern würden neue Beiträge auch zu schwer fallen, da die Verbandsbeiträge erst kürzlich erhöht worden sind und wir in Thüringen doch denselben Anspruch auf die Hauptkasse zur Förderung der Agitation haben wie die anderen Landesteile. Boß stellt in Aussicht, daß eventuell eine Verlegung des Sitzes des Bezirksleiters nach Halle oder Erfurt möglich wäre, was allseitig Zustimmung findet.

Leber stellt folgenden Antrag: 1. Die heutige Konferenz verurteilt einmütig die Handlungsweise des Vorstandes und ergänzenden Ausschusses bezüglich der Verlegung des Thüringer Bezirkes und Anschluß an den Magdeburger Bezirk. Diese Handlungsweise ist eine strikte Ignorierung der Beschlüsse der Chemnitzer Bezirkskonferenz. Im weiteren verurteilt die Konferenz das Gebahren des Vorstandes, soweit die Bekanntgabe der Angliederung Thüringens an Magdeburg in Frage kommt. Erst auf Umwegen haben die Thüringer Kollegen erfahren, daß über dieselben rücksichtslos verfügt worden ist.

2. Da aber momentan eine Änderung des Bezirkes nicht erzwungen werden kann, das heißt Thüringen keinen selbständigen Bezirk vor der nächsten Generalversammlung bilden kann, wird der Vorstand beauftragt, eine zweite Kraft für den fünften Bezirk anzustellen, der hauptsächlich seine Aufgabe darin sieht, die intensivste Agitation in Thüringen zu betreiben.

Nach kurzer Diskussion wird in namentlicher Abstimmung über den Absatz 1 abgestimmt. Nur ein Delegierter stimmt dagegen. Absatz 2 wird ebenfalls in namentlicher Abstimmung gegen fünf Stimmen angenommen.

Boß stellt den Antrag, eine Kommission von sieben Mann einzusetzen. Zu dieser Kommission sollen sieben Ortsverwaltungen je ein Mitglied wählen. Die Kommission soll mit dem Bezirksleiter Beratung pflegen und praktische Vorschläge zur Förderung der Agitation der Verwaltungsstellen unterbreiten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und haben Gera, Weimar, Erfurt, Gienach, Saalfeld, Euhl, Jena je ein Mitglied in diese Kommission zu wählen. Die Konferenz wird hierauf 1/6 Uhr geschlossen.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 8, Abs. 8, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Friedland i. M.: der Former Max Fries, geb. am 7. September 1870 zu Friedland i. M., Buch-Nr. 339686, und der Former Richard Stöckert, geb. am 16. März 1879 zu Heinrichsdorf, Buch-Nr. 539686, beide wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wschaffenburg: der Mechaniker Fritz Wilhelm Schneider, geb. am 30. November 1878 zu Chemnitz, Buch-Nr. 463873, wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover, Sektion der Schmiede: der Schmied Paul Berk, geb. am 22. Dezember 1875 zu Worenditt, Buch-Nr. 159925, wegen Betrug durch Verwendung gebräuchter Beitragsmarken.

Wegen der betreffenden Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: dem Schlosser Johann Reier, geb. am 4. Juli 1877 zu Niede, Buch-Nr. 401741, Unterschlagung von Verbandsgeldern nach einem von der Verwaltungsstelle in Gotha gestellten Ausschlußantrag;

dem Schmied Emil Feller, geb. am 2. März 1879 zu Weismünster, Buch-Nr. 428980, Unterschlagung von Verbandsgeldern, nach einem von der Verwaltungsstelle in Oberursel gestellten Ausschlußantrag.

In der Sitzung in Nr. 33 über die im Monat August eingegangenen Verbandsanträge ist nachzutragen, daß von Lössnischeide 400 Mk. eingekandt worden sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Frhern nach Neustadt a. S.; von Feilenhanern, Feilenschleifern und Feilenschmiedern nach Berlin a. S.; nach Vielesfeld (Zimmermann); von Feinsoldschlängern nach Treßden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Bärenschangstr. Jean Ries, Jülicherstr.; Michael Meißner, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); von Formern und Feilenschleifern nach Altenburg a. S.; nach Berlin: nach Tüllen (Weinbischfabrik Janßen) S.; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk M.); nach Mühlhausen i. Th. (Schuchhardt) M.; nach Neustadt a. S.; von Kiemern und Zuckalkateuren nach Barmen-Elsberfeld St.; nach Weiden S.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; nach Celle (Malschmiederei) St.; nach Neu-Erelsh (Gedr. Maas) M.; nach Mühlh. i. Thür. (Gedr. Thiel) St.; von Metallschlängern nach Groß-Schönau und Jittau; von Eisenklägern nach Schwabach (Hornbacher) S.; (Sturm) St.; von Schweißern nach Neumarkt i. Oberpf.; nach Schwelm (Rever und Hordhaus) St.; von Schlossern nach Neustadt a. S.; von Zinngeßern nach Nürnberg.



nur in einem Teil der Werkstätten erfüllt, in den anderen waren sie nicht durchzuführen, weil die Organisation noch zu schwach war. Die Arbeiter haben sich aber inzwischen aufgeregter und sind der Organisation beigetreten, so daß heute 85 Prozent organisiert sind, in einzelnen Werkstätten sogar 100 Prozent. Nachdem nun die Kollegen, die den Tarif errungen hatten, immer in neue Kämpfe verwickelt wurden, so wurde in der am 24. August abgehaltenen Versammlung, in der zwei Drittel der Arbeiter anwesend waren, in geheimen Abstimmung einstimmig beschlossen, den Unternehmern den Tarif zu unterbreiten, was auch am 26. August geschah. In der darauf folgenden Woche begannen dann die Unterhandlungen mit den einzelnen Unternehmern, die zu keinem Resultate führten; die Unternehmern sagten sogar noch verlauten, daß sie sich mit dem Gedanken trügen, Lohnabzüge vorzunehmen. Es fand daher am 13. September abermals eine Versammlung statt, in der Kollege Hausmann über die Unterhandlungen mit den Unternehmern Bericht erstattete. Er machte darauf aufmerksam, daß der Kampf nicht ein so leichter sei, wie die Kollegen anfangs geglaubt hätten, denn die Unternehmern beriefen sich immer auf die Berliner Firmen, die zu Schundpreisen die Waren auf den Markt schleuberten. Er habe die Unternehmern auf den Beschluß, vom 10. April ab eine 7 1/2 prozentige Warenpreiserhöhung einzutreten zu lassen, der von den Berliner Firmen angeregt wurde, sowie darauf hingewiesen, daß heute schon in Berlin höhere Löhne bezahlt werden und kürzere Arbeitszeit ist. Das letztere habe man zu, das letztere bezweifelte man. Redner führte weiter aus, es liege nun in den Händen der Arbeiter, ob weitere Schritte eingeschlagen werden sollen. Nachdem noch der Bezirksleiter Ehrler auf den Ernst der Sache aufmerksam gemacht und die Anwesenden auf alle Nach- und Vorteile hingewiesen hatte, wurde nach lebhafter Debatte gegen drei Stimmen beschlossen, die Kündigung einzureichen. Hierauf empfahl Kollege Hausmann folgende Resolution: „Die heute versammelten Arbeiter der Beschäftigtenindustrie drücken über die absehbende Fälligkeit der einzelnen Unternehmern ihr Bedauern aus, daß man den Arbeitern so wenig Entgegenkommen zeigt. In weiterer Erwägung der Wichtigkeit der Sache überläßt sie es jedoch den Arbeitern der in Betracht kommenden Firmen, zur Erbringung des eingereichten Tarifes die weiteren Schritte zu unternehmen. Die Versammelten bringen den so zum Kampf gezwungenen Kollegen ihre moralische und finanzielle Unterstützung entgegen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Darauf leitete Hausmann mit, daß am vorhergehenden Abend noch durch Unterhandlung eine Vereinbarung mit der Firma Koch, Buch & Wagner erzielt sei, die die neunzehnstündige Arbeitszeit und Beibehaltung des seit-herigen Wochenlohnes und eine fünfprozentige Lohnerhöhung vom 1. Juni an bedeute. Die Arbeiter hätten diese Abmachung in einer Werkstättenversammlung einstimmig angenommen. Es hätten somit die Hälfte der Firmen den Tarif anerkannt. Dann wurde bestimmt, daß am 14. September die Kollegen der einzelnen Fabriken nochmals unter sich zusammentreten, bevor die Kündigung eingereicht wird, und die Kollegen Ehrler und Hausmann beauftragt, im Laufe des Vormittags nochmals einen Versuch zu machen, eine Einigung herbeizuführen. Da Ehrler erkrankt war, übernahm Hausmann allein diese Aufgabe, wobei sich die Unternehmer ablehnend verhielten. In der darauf um 1 Uhr nachmittags abgehaltenen Versammlung der Arbeiter der Firma Martin Oberhan, in der von 88 Arbeitern 69 anwesend waren, stimmten für die Kündigung 61, dagegen 7. Nachdem auf Vorschlag des Kollegen Hausmann einzelne von der Unterchrift entbunden wurden, weil sie in ihrer Abteilung in der Minderheit sind, wurde die Kündigung von 61 unterschrieben, davon sind zwei nicht organisiert. Um 6 Uhr abends versammelten sich die Arbeiter der Firma Fischer, die auch alles ablehnte. Anwesend waren von 80 Arbeitern 72. Es stimmten für die Kündigung 69, dagegen 2, unterzeichnet haben sich 72, die alle organisiert sind. Die noch fehlenden sind Tagelöhner und Lehrlinge. Am 18. September wurde der Firma die Kündigung überreicht. Wir ersuchen den Bezug nach Mainz fernzuhalten.

**Neustadt a. D.** Am 4. September fand hier eine Versammlung statt, in der Kollege Schlegel über die Beschlässe der sechsten Generalversammlung und deren Bedeutung für die Metallarbeiter referierte. Die Versammlung war sehr gut besucht. Insbesondere waren eine ganze Anzahl Hirsche erschienen, die von ihren Vorständen per Zirkular eingeladen und mobil gemacht worden waren. Nachdem der Kollege Schlegel in etwa anderthalbstündiger Rede ein anschauliches Bild von der Generalversammlung gegeben und dafür den Beifall der Versammlung geerntet hatte, meldete sich Herr Neustadt aus Striegau zum Wort. Dieser Herr fand es für gut, ohne auf das Referat einzugehen, sofort Stänkerereien anzufangen. Er behauptete unter anderem, Kollege Schlegel habe nicht den Mut gehabt, das öffentlich zu widerholen, was er vor einigen Wochen in einem Flugblatt behauptet habe. Er hätte erwartet, daß Schlegel heute darauf eingehen würde. Dann leistete sich der Redner unter anderem folgenden famosen Satz: Früher galt der Arbeiter als ehrlos, der überhaupt mit dem Unternehmer sprach. (!) Ferner richtete er an die Versammelten die Frage, ob diese zu einer Organisation Zutrauen haben können, die den Besitz abschaffen will. (!) Schließlich behauptete er unter anderem noch, Schlegel habe die Ausgaben des Gewerkschafts in seiner Gegenüberstellung der Leistungen von etwa 6000 Mk. zu niedrig angegeben. Unseren Kollegen Schlegel war es ein leichtes, die sogenannten Anschuldigungen des Herrn Neustadt zu widerlegen. Zunächst mußte sich Herr Neustadt dazu bequemen, zuzugeben, daß die „berühmte“ Mehlichfache nicht in den Rahmen des Referats hineingehört, Schlegel infolgedessen gar keine Veranlassung hatte, darauf einzugehen. Die übrigen Ungereimtheiten, wie: unsere Organisation wolle den Besitz abschaffen u. wurden mit einigen Bemerkungen und unter Hinweis auf unser Statut wüßig abgetan. Nachher wollte allerdings Herr Neustadt so etwas nicht gesagt haben. Die Versammlung bestätigte aber, daß Herr Neustadt diese Worte tatsächlich geäußert habe. Ferner machte Kollege Schlegel Herrn Neustadt und den Anwesenden klar, daß es eine ganz korrekte Rechnung sei, wenn er die 5888,39 Mk., die von den Hirschen im Jahre 1902 an Arbeitslose für Beiträge gezahlt seien, nicht mit in Vergleich gebracht habe. Wenn er diese Summe mit als gezahlte Unterstützung rechnen solle, dann hätte er, Schlegel, für den Verband sämtliche an die Mitglieder abgegebenen beitragsfreien Marken anrechnen müssen. Denn in der Wirkung sei der Erlös von Beiträgen arbeitslosen Mitgliedern gegenüber dasselbe, als wenn die Beiträge bezahlt werden. Er aber die beitragsfreien Marken in der Gegenüberstellung der Leistungen nicht verwendet, so habe er, Schlegel, völlig bewußt, die Kernfrage des Herrn Neustadt, betreffend den Streit bei Mehlich in Berlin, verbanaligt, so erklärte Kollege Schlegel unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß, gleichgültig was sich alles vor oder während dieses Streiks abgepielt hat, die Tatsache bestehen bleibe, daß die Mitglieder des Gewerkschafts, obwohl die große Mehrheit der Mehlichischen Arbeiter für Fortführung des Streiks war, zu weitest angefangen haben, damit aber der Streikbruch als erwiesen bleibe. Diese Handlungsweise muß jeder ehrerbietende Arbeiter verurteilen. Als etwa um 12 1/4 Uhr Herr Neustadt wieder das Wort erhielt, wurde die Versammlung unruhig. Allerdings trug Herr Neustadt und seine Kollegen die meiste Schuld, die es darauf abgesehen zu haben schienen, sich durch Ungezogenheiten hervorzutun. Schließlich forderte Neustadt den Kollegen Schlegel auf, ihm Ruhe zu verschaffen. Obwohl es ganz gleichgültig sein konnte, ob Herr Neustadt noch einmal sprach oder nicht, kam Kollege Schlegel diesem Wunsch nach. Es trat auch Ruhe ein. Herr Neustadt erhielt aber das Wort und obwohl es ganz ruhig war, erklärte er zur Verlesung der Versammlung, jetzt aus Wort zu verzichten, er wolle nur konstatieren, daß er niedergebüllt worden sei. Natürlich ist diese wunderliche Erklärung das ihr gebührende Gelächter. Schließlich fand die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband ihr Ende. Die Versammlung war für unsere Organisation von großem Nutzen und wird sich schon in den nächsten Monaten, wie gut unsere „Freunde“ für uns agitiert haben.

eingesandt von einem H. N., wodurch auch den hiesigen Verbändlern ein Ausgewiesener werden sollte. Aber die Hirsche zeigen sich mit dem Artikel ebenso dumm wie sie sich lächerlich gemacht haben. Dieser Ortsverein war bisher einer der radikalsten der Hirschzweier Jahre die Mitgliederzahl auf 113 zu bringen, so daß sich die Mitglieder dieses Ortsvereins von ihren Berliner Gesinnungsgenossen jenseit des Rheins „Zauberperlen“ erworben hatten. Aber das dieses Ortsvereins mit dem Vorgehen der Ortsvereinsbeamten und des Generalrats unzufrieden und es kam zu manchen bösen Auftritten innerhalb der Ortsvereinsversammlungen. Der Fall Mehlich-Gewerkschaft trat ein. Nun hatten wir gerade in dieser kritischen Zeit eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, wozu Kollege Paulowitsch-Berlin das Referat übernommen hatte. Die Hirsche hatten zu dieser Versammlung eigens den schon bekannten Arbeitswilligenvermittler Klavon aus Berlin kommen lassen. Obwohl sie ziemlich zahlreich vertreten waren, haben wir sie glänzend abblitzen lassen. In ihrer Verzweiflung ließen sich jetzt die Hirsche zu einer Monatsversammlung kommen. Gleichauf sollte die widerwärtigen Hirsche im Zaume halten. Und so kommen wir auf den erwähnten Artikel zurück. Das Thema des Gleichauf'schen Beitrags lautete: „Die Aufgaben der Arbeiterberufsorganisation und die Haltung des Metallarbeiter-Verbandes.“ Der Einsender des Artikels besaß war, was Gleichauf in Stettin sagte. (Gleichauf geht also jetzt als fahrender Sänger von Land zu Land und singt den Hirschen ihr Schummerlied, bis er schließlich selbst einschläft.) Gleichauf führte an, daß die Arbeiter sich selbst bekämpfen und so ihre Kräfte zerplittern, das läge nur an der Dummheit einzelner Arbeiterführer. Ist damit vielleicht auch Gleichauf selbst gemeint? Denn eine größere Dummheit kann doch niemand begeben, als Gleichauf im Falle Mehlich begangen hat. Ferner kam Gleichauf auf den Fall Mehlich zu sprechen und beleuchtete das Verhalten des „Verbändlers“ Cohen, dem eine ruhige Aussprache vor dem Gewerbeamt nicht genehm war. Nun, der wahre Tatbestand ist den Kollegen durch die Ausführungen des Kollegen Cohen in Nr. 35 der Metallarbeiter-Zeitung am Morgen, wo die Verhandlung vor dem Gewerbeamt stattgefunden sollte, ab und die beiden anderen Generalratsmitglieder erklärten sich für nicht kompetent! Wozu gehen sie denn überhaupt noch hin, Gleichauf war doch kompetent, mit der Firma Mehlich zu unterhandeln? Dann nahm die Versammlung eine Resolution an, wonach sich die Mitglieder mit den Ausführungen Gleichauf's vollständig einverstanden erklärten, derselbe habe im Falle Mehlich vollständig korrekt gehandelt. Die vorhandenen Differenzen werden nur auf den prinzipiellen Kampf der Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften ändern, möge dadurch bewiesen werden, daß, als gelegentlich einer Ausschusssitzung einige Mitglieder des Vorgehens des Generalrats und Gleichauf's tabelten und ihren Austritt aus dem Gewerkschaftsverband des Artikels — gekündigt wurde: „Wir sind ja alle mit dem Vorgehen Gleichauf's nicht einverstanden, aber man muß doch nicht gleich die Hirsche ins Korn werfen, sondern kräftig darnach streben, daß es da oben (beim Generalrat) anders wird.“ Also, erst ist das Verhalten Gleichauf's falsch, aber dann kommt Gleichauf persönlich, klopfte sie auf die Hüften und predigt ihnen „Moral“, und da hat er wieder das Verhältnis der einzelnen hiesigen Organisationen zu einander zurück und schreibt, daß die Hirsch-Dunderschen gelegentlich der Gemeinderatswahl „geschlossen“ für einen sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätten. Das ist wohl nicht ganz richtig, es kann nur für diejenigen zutreffen, die in Privatverhältnissen beschäftigt sind, was machen aber die Hirsche von der Eisenbahnwerkstatt? Die wählten gerade den Gegner. Von denen, die für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, ist das ja sehr anerkennenswert. Aber man will uns damit nur Sand in die Augen streuen. Die Hirsch-Dunderschen nennen sich eine politische neutrale Berufsorganisation, aber dann dürfen sie in ihren Organen nicht die Sozialdemokratie beschimpfen, während sie dem Freijoin huldbig sind. Da nun angeblich die Hirsch-Dunderschen vom Ortsverein Neustadt in einer öffentlichen Wahl für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, was man auch heute von jedem Arbeiter erwarten darf, so dürfen diese Leute doch nicht dulden, daß ihre eigene Organisation die Sozialdemokraten beschimpft. Als treibenden Keil zwischen den Organisationen gibt der Einsender einen Buchdrucker Hoffmann an, dem er allerhand schöne Titel anhängt. Nun, dieser Herr Hoffmann wird sich an anderer Stelle mit den Hirschen abfinden. Das er ihnen wie Knüppelholz im Magen liegt, glauben wir schon, denn er hat den Hirschen in der öffentlichen Versammlung gar bittere Pillen eingegeben. Ferner führt der Einsender an, daß ein hiesiger „Oberverbändler“ Bauernfang ein gros weide. Dieser Oberverbändler kann das verantworten, er geht nicht auf den Hirschfang aus, denn die Leute, die zu uns übertraten, tun es alle aus Überzeugung. Diese meiden gerne solche Ortsvereine, wo Wortkandismitglieder ihre eigenen Gesinnungsgenossen um die Existenz bringen. Das der Oberverbändler jeden einen Lumpen nennt, der vom Metallarbeiter-Verband zum Gewerkschaft übertritt, ist eine Frechheit, denn wir wissen ganz genau, daß die beiden Kollegen, die vor zwei Jahren übergetreten sind, terroristen wurden. Einer ist dort schon wieder ausgeschieden, dem andern tut's auch schon leid. Das die zu uns übergetretenen ihre vollen Rechte erhalten, die sie sich im Gewerkschaft errungen haben, besagt unser Statut, darnach haben wir schon gehandelt und werden es auch ferner tun. Die Oberhirsche haben nun doch schon Angst bekommen, weil ihr Nabel immer kleiner wird; ganz kläglich gibt der Einsender zu, daß sie schon einige Los geworden sind, die schon lange in den Verband gehörten. Da hat er ganz recht. Einigen tut es bitter leid, daß sie die langen Jahre hindurch Opfer für eine Organisation gebracht haben, die für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter durchaus nicht zu haben ist. Einige Übergetretene behauptet der Einsender im Regulator. Diese verzichten auf das Beileid der Hirsche. Was die Neustadt'sche Hirsche unter „Einige“ verstehen, können wir nicht verstehen, vielleicht meinen sie die 11, die sie innerhalb zwei Monaten los geworden sind, denn im Monat Juni wurden in der Versammlung noch 113 Mitglieder angegeben, im August dagegen nur noch 82. Trotzdem auch Gleichauf hier war, sind in der darauf folgenden Woche wieder Mitglieder ausgeschieden. Und so wird es weiter gehen, bis die paar Nur-Klassenmenschen übrig bleiben. Es scheint, als ob dem Einsender selbst schon das Herz in die Hüften gerutscht ist, denn am Schlusse seines Artikels ruft er den Hirschen von Romawes und Potsdam zu, für die Zukunft zur gemeinsamen Abwehr fest zusammenzuhalten. Durch diesen Jurist blamiert er sich nun ja ganz gewaltig, denn vor ungefähr einem Jahr hat er seine Mitglieder in einem Artikel im Gewerkschaftsboten mächtig abgerümpft, sie für Harmonie-düster und mer weiß was noch alles erklärt. Und heute sucht er bei solchen Düstern eine Stütze. Unserthalben können die hiesigen Hirsche ihren ganzen Generalstab hierher holen, wir fürchten uns nicht. Aber den Herren raten wir, etwas mehr Mut mitzubringen. Im übrigen mögen die Herren nur so weiterarbeiten, unser Schaden ist es nicht.

**Nadelmacher.**  
**Chemnitz.** Der Nadelmacherstreik bei Schuppel & Günther in Burthardtsdorf veranlaßte die Agitationskommission, in dieser Sache eine Nadelmacherversammlung zu veranstalten. Diese tagte am 19. September im Schützenhaus und es nahmen auch eine Anzahl Kollegen aus Burgstädt und Burthardtsdorf daran teil. Der Referent Krause beleuchtete die Entstehung und den bisherigen Verlauf des Ausfalls, auch behandelte er die Verhältnisse in mehreren anderen Fabriken. Er zeigte, daß in den Nadelabriken von männlichen Arbeitern Löhne von 9 bis 24 Mk. erreicht würden, die Löhne der Arbeiterinnen seien noch bedeutend niedriger. Hauptächlich sei es die Bekertische Fabrik, in der die Frauarbeit immer größeren

Umfang annehme. Bei May Müller werden den Arbeitern von dem verdienten Lohn drei Prozent in Abzug gebracht. In der Bekertischen Fabrik werde die Arbeit halbe zentnerweise mit nach Hause genommen, um sie in den Nachstunden und an Sonntagen fertigzustellen. Ein Antrag wurde angenommen, der das Agitationskomitee beauftragt, dahin zu wirken, daß möglichst in allen Nadelabriken in gewissen Zwischenräumen Aufnahmen über die erzielten Löhne gemacht werden, um so die Nadelmacher aus ihrer Lethargie anzukwecken. Da immer mehr jugendliche Arbeiter in Nadelabriken angelernt werden, die 8, 9, höchstens 12 Mk. pro Woche verdienen, so sind sie schwer bei der Organisation zu halten, und wäre es Aufgabe, eine niedrige Steuerklasse für die Minderjährigen einzuführen, wie es ja auch für Arbeiterinnen der Fall ist, die oft mehr als ihre jugendlichen männlichen Kollegen verdienen.

## Rundschau.

### Die Folgen von Arbeiteraussperrungen

Sind bei der Gesetzgebung in Preußen-Deutschland fast immer eine Anzahl gerichtlicher Verurteilungen. Die Führer der Arbeiter müssen dann für ihre „Freveltaten“ büßen. In Berlin, wo alles in Ruhe verlaufen ist, haben schon eine Anzahl Verurteilungen stattgefunden — einige „Streikführer“ haben bereits ihre Strafen verbüßt, andere haben sie angetreten — aber immer neue Anklagen treffen ein, immer neue Verurteilungen stehen bevor. Wann wird das ein Ende nehmen? Am 9. September hatte sich vor dem Hiesigen Schöffengericht der Hilfssekretär Steinlamp, der während der Aussperrung tätig war, und der Druckereifaktor Joh. Schnabel von dort wegen Vergehens gegen die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Steinlamp, der für einige Zeit den während der Aussperrung erschienenen Hiesigen Arbeiterboten verantwortl. zeichnete, soll sich des genannten Vergehens durch folgenden Artikel in Nr. 11 des Arbeiter-

„Lügen über Lügen verbreiten auswärtige Blätter über den Stand unseres Kampfes. So berichtet die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom Mittwoch und Donnerstag, daß 1300 Arbeiter die Arbeit aufgenommen hätten. Die Essener Volkszeitung sagt, daß „viele Organisierte“ die Arbeit aufgenommen hätten. Was daran ist, wissen unsere Kollegen und Kolleginnen ganz genau. Der Zweck solcher Lügennachrichten ist ja nur, Mutlosigkeit unter den Arbeitern hervorzurufen und draußen im Lande ungünstig auf die Sammlungen einzuwirken. Wie diesen Burschen das gelingt, sehen wir an der Begeisterung unserer Kämpfer einerseits und andererseits daran, daß zum Beispiel in Hannover die Metallarbeiter ohne ein Wort Debatte nach einem Referat von Gemoll-Essen freudig ihre Zustimmung zum Vorschlag des Metallarbeiter-Verbands vorstandes bezüglich des Getreibebeitrags gaben. Genau dasselbe war in Essen der Fall, wo Limberg am Freitag abend sprach. Von allen Seiten laufen begeistert Sympathieerklärungen ein. Die Fabrikanten allerdings hoffen darauf, daß, nachdem unsere Kollegen und Kolleginnen sich die Unterstützung geholt, viele am Montag anfangen würden. Leute, die zu einem solchen Schritt fähig sind, werden wir selbstverständlich in der schärfsten Weise fernzeichnen als das, was sie sind. Rücksichtslos bis an die Grenze des Erlaubten solche Leute zu behandeln, wird unsere heilige Aufgabe sein!“

Der Druckereifaktor Schnabel soll sich dadurch der Beihilfe schuldig gemacht haben, daß er den Arbeiterboten druckte. Steinlamp machte geltend, daß er den Artikel, dessen Verfasser er nicht nenne, nur deshalb aufgenommen hätte, um der „Kassensäuberei“ zu steuern. In der Form könne er nicht strafbares erblicken. Faktor Schnabel, der bei dem Buchdruckereibesitzer Beutler konditioniert, wo der Arbeiterbote gedruckt wurde, erklärte, daß er in Abwesenheit seines Prinzipals die Aufträge annehme, was hier auch der Fall gewesen sei. Er hätte aber nicht die Vollmacht gehabt, die Aufträge abzugeben.

Der Vertreter des Staatsanwalts, Dr. Schulle, beantragte gegen Steinlamp eine Gefängnisstrafe von einer Woche und gegen Schnabel eine Gefängnisstrafe von drei Tagen. Das Urteil lautete dem Antrag des Staatsanwalts gemäß. Der Artikel bedeute eine Verurteilung der Tat unterstütz: er durfte den Artikel nicht drucken, da er strafbar war.

Das Urteil sowohl wie die Urteilsbegründung wird allgemeines Kopfschütteln hervorrufen. Der Artikel ist keine strafbare Handlung. Nach der Verurteilung des Druckers wird man schließlich auch dazu übergehen müssen, den Seher zu bestrafen, denn logischerweise ist derselbe auch der Beihilfe schuldig: „er durfte den Artikel nicht sehen, da er strafbar war.“ Stwas anderes geht aus der Urteilsbegründung nicht hervor. Wo soll das hinführen? Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Eine unerhört hohe Strafe erhielt ein anderes Opfer der Hiesigen Aussperrung. Der Kettenhieb F. Neuhaus von der Grüne begegnete am 26. April dem Kaufmann Hase auf der Straße, dem er eine Sammelliste unter die Nase gehalten haben soll mit der Aufforderung, auch 3 Mk. für die Streikenden beizusteuern. Als der also Angehaltene dies verweigerte, soll der Angeklagte die Hand drohend erhoben haben; auch Drohworte sollen gefallen sein. Der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Der zudringliche Sammler für die Aussperrten erhielt aber für das „Staatsverbrechen“ eine Strafe von zwei Monaten Gefängnis! Nach den Ansichten des Justizrats Langemann gibt es in seinem Wahlkreise oder im Westen Deutschlands keine Klassenurteile.

**Ein hochwichtiger Entscheid gegen die Koalitionsrechtsträuber**

ist in Bremerhaven gefällt worden. Wir entnehmen der Norddeutschen Volksstimme darüber folgendes:  
 Die Kämpfe um das Koalitionsrecht sind hier in den Unterwerfungen seit langem an der Tagesordnung. Der Norddeutsche Lloyd, der so viele Aufsichtsräte und Aktionäre hat, die mit ihrer staatsverhaltenden patriotischen Gesinnung streben, hat dem ungeachtet in schamloser Weise versucht, den Koalitionsrechtstraub an seinen Arbeitern auszuüben. In seine Fußstapfen traten die Herren vom Arbeitgeberverband. Die allernächste Phase des Kampfes ist die Differenz der in der Baumwollspinnerei der Unterwerferte beschäftigten Arbeitnehmer mit ihren Arbeitgebern betreffend Ausschließung des Koalitionsrechts durch einen Arbeitsvertrag. Das Arbeitsverträge, welche die Koalitionsfreiheit ausschließen, rechtlich ungültig sind. Diesem dem klaren Wortlaut des Gesetzes nach selbstverständlichem Entscheid ist das Gewerbeamt Bremerhaven beigetreten.

Zwei Küper waren von ihrem Arbeitgeber entlassen worden, weil sie einem Arbeiterverband, dem Handels-, Transport- u. Verband, noch weiter angehörten, obgleich sie sich durch Unterschrift unter den von uns schon zur Genüge gekennzeichneten Arbeitsvertrag zum Austritt aus der Organisation verpflichtet hatten. Da in ihrem Zeugnis als Entlassungsgrund Kontraktbruch angegeben war, klagten sie vor dem hiesigen Gewerbeamt unter anderem auf Ausstellung eines neuen Zeugnisses, welches diesen Vermerk nicht enthielt. Das Gewerbeamt entschied zu ihren Gunsten. Der betreffende Passus aus dem Urteil lautet:

Nach § 16 der Bremischen Verfassung vom 1. Januar 1894 stehen Vereine zu gemeinsamer Wirksamkeit nach Maßgabe der Gesetze allen Staatsangehörigen frei; zu diesen Vereinen gehören auch zufolge ausdrücklicher Bestimmung der Reichsgewerbeordnung — § 152 — die Arbeiterverbände, die es sich zur Aufgabe machen, günstige Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen den Arbeitern zu erwirken, insbesondere also auch der Bremerhavener Verband der Arbeiter des Transport- und Verkehrgewerbes. Dieses durch die Verfassung jedem Staatsangehörigen gewährleistete Recht, einem erlaubten Verein sich anzuschließen, ist ein staatsbürgerliches Recht, das nur den Umständen des öffentlichen Rechts unterliegt und dem Privatrecht überlegen, bei der privaten Vereinbarung schlechterdings entgegen-

